

Wöchentlich 35 Bl., monatlich 3,00 M.,
im voraus zahlbar. Postweg 4,32 M.,
einschließlich 60 Pfg. Postgebühren und
72 Pfg. Postbeschlussgebühren. Auslands-
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal. Die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner
„Frauenstimme“, „Jugend-Vorwärts“
und „Sachbeilage“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konvertierung
40 Pfennig, Restanteile 2.— Reichs-
markt. „Kleine Anzeigen“ das letzte
wöchentliche Blatt 25 Pfennig (zuletzt zwei
jeweils 12 Pfennig, jedes weitere Wort
12 Pfennig, Stellenangebote das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite
40 Pfennig, Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 3, wochentäglich
von 9 bis 11 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 295-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polstschonke: Berlin 57 636. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Wallstr. 65, Tel. B. u. D. 182. — Dep. 100000, Jerusalemstr. 65/66.

Heute Schiedspruch!

Die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Festlegung der Berliner Metallarbeiterlöhne, über deren Verlauf wir in unserer Abendausgabe bereits berichtet haben, unterschieden sich nicht wesentlich von den Partei- und Schlichtungsverhandlungen, die dem Metallarbeiterstreik vorausgingen. Es wurden im allgemeinen die gleichen Argumente vorgebracht wie bei den früheren Verhandlungen. Ein Unterschied, besonders gegenüber den Verhandlungen vor dem Sonderentscheid Dr. Voelckers, bestand jedoch darin, daß den Parteivertretern Gelegenheit gegeben wurde, ihre Auffassungen über die Frage der Preissenkung auf dem Wege des Lohnabbaues eingehender zu begründen. Vor allem folgte das Schiedsgericht — und das gilt besonders auch für seinen Vorsitzenden — mit regem Interesse den Ausführungen der Arbeitervertreter, einen Eindruck, den man leider bei den Verhandlungen vor dem Sonderentscheid nicht hatte.

Der Syndikus des BMB, Rechtsanwalt Oppenheimer, begründete noch einmal den Antrag auf Abbau der Löhne und Akkorde. Er vertrat wiederum die bekannte Auffassung, daß eine Gesundung der Wirtschaft nur durch eine generelle Senkung des deutschen Lohnniveaus möglich sei. Der natürliche Ablauf der Kräfte sei stets der gewesen, daß mit ihnen auch eine Senkung der Löhne verbunden war. Auch auf dem Arbeitsmarkt müsse das Gesetz von Angebot und Nachfrage sich wieder auswirken können. Oppenheimer konstatierte eine 20prozentige Lohnsteigerung, die angeblich seit März 1927 in der Berliner Metallindustrie eingetreten sei, während der Reichsindex der Lebenshaltungskosten der gleiche sei wie im März 1927. Einen besonderen Trumpf glaubte er damit auszuspielen zu können, daß er die Uebereinstimmung des Vorgehens der Berliner Metallindustriellen mit dem Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung betonte.

Der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Genosse Ulrich, wies zunächst einmal die Unrichtigkeit der Behauptung von der 20prozentigen Lohnsteigerung seit 1927 nach. Die Erhöhung der Mieten, der Werts- und Verkehrtarife, der Sozialbeiträge usw. sei dabei nicht in Rechnung gestellt worden. Das Argument von den niedrigeren Löhnen in der Provinz entkräftete er ebenfalls durch eine Darstellung der tatsächlichen Entlohnung der Metall-

arbeiter außerhalb Berlins. Die angebliche Uebereinstimmung mit dem Regierungsprogramm sei ebenfalls nicht zutreffend. Danach sollen die Beamten und öffentlichen Angestellten bis zu einem Jahreserdiensst von 1500 Mark vom Gehaltsabbau verschont bleiben. Nach dem Willen der Metallindustriellen jedoch sollen auch die Metallarbeiter, deren Verdienste unter dieser Freigrenze liegen, ebenso mit dem Lohnabbau bedacht werden. Etwa

40 Prozent der Berliner Metallarbeiter arbeiten verkürzt,

und zwar bis zu zwei Tagen in der Woche. Diese Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen würden durch einen Lohnabbau weit unter die Grenze des Existenzminimums gedrückt werden.

Nicht in Rechnung gestellt wird von den Unternehmern auch die Tatsache, daß in den letzten Monaten das Verdienstiniveau der Akkordarbeiter ebenfalls gesenkt worden ist. Die von den Unternehmern angeführte Erhöhung des Durchschnittsakkordverdienstes ist darauf zurückzuführen, daß bei dem Arbeiterabbau die minderleistungsfähigen Akkordarbeiter entlassen wurden. An einem reichhaltigen und zum größten Teil von den Unternehmern selbst stammenden Material wies Ulrich weiter nach, daß in der Deffektivität über die tatsächliche Lage in der Berliner Metallindustrie eine ganz falsche Vorstellung erweckt wird.

Interessant und zugleich blamabel war das Auftreten des Syndikus des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, Dr. Lange. Er überfiel das Schiedsgericht mit einer Sammelmappe von Graphiken, Statistiken und sonstigen Berechnungen, an denen er die „ungeheure“ Steigerung der Löhne in den letzten Jahren und die Notwendigkeit eines allgemeinen Lohnabbaues zu beweisen versuchte. Dr. Brauns stellte schon nach einer flüchtigen Durchsicht des Materials dieses Herrn fest, daß es zumindest sehr „flüchtig“ zusammengestellt war und deshalb nicht zur Beweisführung in diesem Schiedsverfahren verwendet werden könne.

Nach hartem Ringen, bei dem sich die Unternehmervertreter geistig nicht überlegen zeigten, führte Dr. Brauns noch eine kurze Aussprache mit den einzelnen Parteien herbei, die in später Abendstunde beendet wurde. Heute tritt nur noch das Schiedsgericht zusammen. Seine Entscheidung ist nicht vor dem Nachmittag zu erwarten.

Gefährliche Lohnpolitik.

Lohnsenkung ohne Preissenkung.

Die Reichsregierung hat in ihrer Programmklärung u. a. als Ziel die Senkung der Preise und der Löhne aufgestellt. Der Reichsarbeitsminister hat in seiner Erklärung vor dem Reichsrat an dieses Programm nochmals erinnert. Soweit von Staats wegen eingegriffen wird in die Regelung der Löhne und Gehälter, erfolgen nunmehr auch überall Schiedsprüche, die eine Herabsetzung der Löhne und der Gehälter vorsehen. Auch die Gehälter der Beamten sollen gekürzt werden.

Es liegt auf der Hand, daß die Stellungnahme der Regierung zu dieser Frage stark beeinflusst wird von der Deutschen Volkspartei als Vertretung der Großindustriellen und von der Wirtschaftspartei, die ja immer besonders sozial rückständig gewesen ist.

Womit begründen die Unternehmer die Notwendigkeit der Lohnsenkung? An sich hat es ja nie einen Zeitpunkt gegeben, wo die Unternehmer nicht behauptet hätten, daß die Löhne und Gehälter in Deutschland nicht viel zu hoch seien. Selbst in den schlimmsten Tagen der Inflation haben die Unternehmer behauptet, die Löhne befänden sich über Vorkriegeshöhe. Ihr beliebtestes Argument war immer, daß die hohen deutschen Löhne die Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig machten.

Dieses Argument wird gegenwärtig so gut wie gar nicht mehr gebraucht. Aus begrifflichen Gründen. Wie könnte man sonst damit vereinbaren, daß trotz der Weltkrise der Anteil der deutschen Fertigfabrikate auf dem Weltmarkt im letzten Jahr ganz erheblich gestiegen ist. Wenn die Ausfuhr der deutschen Fertigfabrikate trotz der Krise auf dem Weltmarkt steigt, so könnte man, wenn man davon auf die Löhne schließen wollte, damit den Beweis erbracht sehen, daß die Lohnkosten in Deutschland nicht höher, sondern niedriger sind als im Ausland.

Die Unternehmer haben also dieses gegenwärtig nicht anwendbare Argument zurückgestellt und stellen dafür die Behauptung auf, daß die Selbstkosten gesenkt werden müßten und daß bei diesen Selbstkosten nur noch die Löhne und Gehälter in Frage kämen. Den Beweis für ihre Behauptung sind uns die Unternehmer bis jetzt schuldig geblieben.

Die Unternehmer sagen auch, daß durch diese Senkung der Selbstkosten auf dem Wege der Lohnsenkung eine Belebung des Marktes eintreten würde und damit die katastrophale Arbeitslosigkeit eingedämmt werden könnte. Auch hier handelt es sich um eine Behauptung, die deshalb noch kein Beweis ist, weil sie bis zum Ueberdruß wiederholt wird. Jedenfalls ist es den Unternehmern gelungen, auf die Reichsregierung genügend Einfluß zu gewinnen, um die Unternehmerforderung zum Regierungsprogramm zu erheben. In der weiteren Folge haben wir nun in den letzten Tagen und Wochen Schiedsprüche erlebt, die ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Angestellten, ohne von den Unternehmern den Nachweis für ihre Behauptungen zu fordern, eine Kürzung der Löhne bis zu 8 Prozent ausgesprochen haben. Der Reichsarbeitsminister nennt dies einen „mäßigen“ Einfluß auf die Gestaltung der Löhne ausüben!

Wo bleibt aber die Verwirklichung des anderen Teils des Regierungsprogramms? Wo bleibt der Druck der Reichsregierung auf die Kleinhandelspreise? Die Geschichte der Senkung der Aluminiumpreise lehrt uns, daß die Energie der Reichsregierung zu erlahmen beginnt, wenn es sich um die Durchsetzung der Preissenkung bis zu den Kleinhandelspreisen dreht.

Wie wirkt sich nun diese „Sparpolitik“ aus? Den Lohnempfängern sind ihre Bezüge schon gekürzt worden durch die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, durch vermehrte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Folge dieser Verringerung der Kaufkraft von etwa 20 Millionen Lohnempfängern mußte unausweichlich zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise führen.

Diese Krise ist von den Unternehmern ausgenutzt worden, um die überhöhten Löhne und Gehälter abzubauen. Seit einem Jahr und darüber wird in den Betrieben ein stiller, aber erbitterter Krieg um die Lohnhöhe geführt. Zähneknirschend muß sich oft der Arbeiter fügen. Nun kommen die staatlichen Schlichtungsinstanzen und bauen die Löhne weiter ab.

Glaubt der Reichsarbeitsminister ernsthaft, daß seine Lohnsenkungsformel auf die mit Recht erbitterten Arbeiter möglich und wirksam sein kann? Die unausbleibliche Folge solcher

Rykow in der Verbannung.

Stalin braucht wieder Sündenböcke.

Rykow, der Vorsitzende des „Rates der Volkskommissare der Sowjetunion“, ist vom Rat der Volkskommissare auf einen Monat wegen angeblich „angegriffener Gesundheit“ beurlaubt worden. Er wird bei der 13. Jahresfeier der bolschewistischen Revolution nicht mehr repräsentieren, und wird sein Amt nicht wieder antreten.

Rykow verbannt!

Warschau, 7. November. (EP.)

Wie die Blätter aus Moskau melden, ist die „Beurlaubung“ Rykows, des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, auf einen Beschluß des Politbüros zurückzuführen. Unmittelbar nach der Sitzung des Politbüros sei Rykow von zwei Vertretern der Zentralkontrollkommission nach einem vorläufig noch streng geheim gehaltenen Verbannungsort, einem Städtchen an der Wolga, gebracht worden. Rykow werde dort unter Bewachung einer besonderen Abteilung der GPU stehen.

Die sogenannte Rechtsopposition in Rußland, geführt von Bucharin und Rykow, wurde seinerzeit gemäßigter, bekämpft, unterdrückt, weil sie geredet hat. Ihre kritischen Äußerungen zum Fünfjahresplan, ja, ihre Gedanken dazu wurden zum Gegenstand eines hochnotpeinlichen Verfahrens. Seitdem haben sie vorsichtig geschwiegen. Der Zusammenbruch des Fünfjahresplans, das nötige Plasto der Lebensmittelversorgung in Sowjetrußland hat ihnen keinerlei kritische Äußerungen entlocken können. Sie sind zu politischen Zuschauern geworden. Sie mischen sich nicht ein, sie lassen alles gehen.

Aber das wird ihnen nun wieder als Verbrechen angerechnet. Die Getreuen Stalins argwöhnen: sie lassen alles gehen, weil sie alles für miserabel halten. Sie schweigen, weil sie damit rechnen, daß die Entwicklung ihnen recht gehen werde.

Die Folge ist, daß ihnen nun ein neuer Prozeß gemacht wird. Stalin läßt durch seine Getreuen Bucharin und Rykow vor

der russischen kommunistischen Partei anklagen: wegen Schwelgerei. Der Anklage folgt das Urteil auf den Fuße: Rykow ist abgesetzt. Bucharin ist der nächste, der an der Reihe ist, und als dritten nennt man Woroschilow, der Oberbefehlshaber der Roten Armee.

Die neue innerpolitische Terrorwelle ist ein Symptom für die Schwere der wirtschaftlichen Krise, in der sich Sowjetrußland befindet.

Nachwahlniederlage in England.

Konservative erobern Industriewahlkreis — 6000 Stimmen verloren.

London, 7. November. (Eigenbericht.)

Die Labour Party hat eine schwere Schlappe erlitten. Durch den Tod von B. Mackinder dem Abgeordneten des Industriewahlkreises Shipley (Yorkshire) mußte am Donnerstag eine Nachwahl stattfinden. Die am Freitag bekanntgewordenen Ergebnisse zeigen, daß die Labour Party nahezu 6000 Stimmen verloren hat und damit auch das Mandat. Es ist in konservative Hände übergegangen. Der konservative Kandidat Woodcock erhielt 13 238 (vorige Wahl 13 639) Stimmen. Auf die Liberalen entfielen 13 573 (11 712), die Arbeiterpartei buchte diesmal 12 785 (18 654) Stimmen, der Kommunistische Kandidat brachte es auf 701 Stimmen. Die konservative Mehrheit beträgt somit 1665 Stimmen gegenüber 4961 Stimmen, mit der in 1929 die Labour Party den Sieg davontrug, den sie 1923 zum erstenmal erobert hatte. Es ist zweifellos, daß die Ursache dieser Niederlage in der auf 2,2 Millionen gestiegenen Arbeitslosigkeit und ihren Folgen zu suchen ist. Das hat viele frühere Kandidaten ins bürgerliche Lager getrieben. Ein Teil der ehemaligen Arbeiterwähler ist aber auch zu Hause geblieben und dieses Zeichen muß sowohl die Regierung wie die Arbeiterpartei noch bedenklicher stimmen und sie veranlassen, den Gründen nachzugehen, die nicht in der Gegenwart, sicher aber im vergangenen Jahre liegen dürften.

Schiedsprüche muß die Entfaltung großer und bitterer Wirtschaftskämpfe sein. Der Berliner Metallarbeiterstreik muß in diesem Zusammenhang als Symptom und als Warnungssignal gewertet werden.

Aber wo ist der Ausweg durch Lohnsenkung?

Es wird von der Regierung nur behauptet, es müßten foudroyant Millionen eingespart werden. Aber die Regierung behauptet keineswegs, daß mit diesen Einsparungen auch eine Wiederbelebung der Wirtschaft verbunden sein würde. Das Wohnungsbauprogramm, die Notstandsarbeiten, sollen ja nicht erweitert, sondern eingeschränkt werden. Fiskalische Maßnahmen, wenn sie auch noch so radikal sind, ersetzen noch kein Wirtschaftsprogramm.

Die Unternehmer lehnen zwar die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden die Woche ab. Die Gewerkschaften sind sich durchaus darüber klar, daß diese Arbeitszeitverkürzung heute nicht durchzusetzen ist mit einem vollen Lohnausgleich. Die Arbeiter würden dieses Notopfer aber gern auf sich nehmen, weil sie damit einen Ausweg aus der Krise sehen. Die Unternehmer lehnen aber nicht nur diese Forderung ab, sie gehen sogar so weit, von den Arbeitern eine Verlängerung der Löhne und gleichzeitig eine Verlängerung der Arbeitszeit zu verlangen.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß es sich bei den Unternehmern bei ihren Vorschlägen keineswegs um eine Eindämmung der Arbeitslosigkeit handelt, dann ist es diese unglaubliche Forderung, die von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände aufgestellt worden ist. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es gewissen Unternehmern, die heute in den Unternehmerverbänden tonangebend sind, gar nicht so unangenehm wäre, wenn die katastrophale Arbeitslosigkeit in eine politische Katastrophe umschlagen würde.

Jedenfalls scheint man sich in der Reichsregierung und an den amtlichen Schlichtungsstellen nicht darüber Rechenschaft abzulegen, wie diese Schiedsprüche, die die völlig unzureichenden Löhne der Arbeiter von Staats wegen noch mehr beschneiden, auf die große Masse der Arbeiterschaft wirken müssen. Eines muß jedenfalls mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden: dieses Eingreifen des Staates wirkt nicht mäßigend. Diese Schiedsprüche wirken nicht schlichtend. Ihre Folge müssen unweigerlich schwere und ausgebreitete Wirtschaftskämpfe sein.

Die Arbeiterschaft erinnert sich noch zu gut der Preisensenkungsaktion des Kabinetts Luther. Auch damals sind unter dem Hinweis auf die kommende Preisensenkung Lohnsenkungen vorgenommen worden. Die Preisensenkung aber ist ausgeblieben.

Wir halten eine Verkoppelung von Preisen und Löhnen, besonders bei der Lohnfestsetzung, überhaupt für abwegig. Wenn aber die Reichsregierung, wenn die amtlichen Schlichtungsstellen diese Verkoppelung vorsehen, dann muß sie auch bis zum Endeffekt durchgehalten werden. Dann müssen in den Schiedsprüchen, wenn sie schon eine durch nichts gerechtfertigte Lohnsenkung vorsehen, entsprechende Klauseln eingefügt werden, die die Durchführung der Lohnsenkung abhängig machen von der Senkung der Lebenshaltungskosten. Wie aber heute die Preis- und Lohnsenkungsaktion der Regierung durchgeführt wird, kommt sie praktisch nur darauf hinaus, daß nach dem Unternehmerdruck auf die Löhne der Lohndruck der staatlichen Schlichtungsstellen kommt, ohne Rücksicht darauf, ob die Kleinhandelspreise nun wirklich auch gesenkt werden.

Die Gewerkschaften sind nicht gewillt, eine derartige Politik ohne Abwehr hinzunehmen. Und daß sie durchaus in der Lage sind, auch große Kämpfe zu führen, das hat u. a. der Metallarbeiterstreik gezeigt.

Stegerwald zur Wirtschaftskrise.

Ein ausgedehntes Programm.

In einer Vertrauensmännerversammlung der Berliner Zentrums- partei sprach gestern Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald über die Arbeitslosenfrage. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Programmpunkten:

- Inordnung der Finanzen der öffentlichen Hand in Reich, Ländern und Gemeinden;
- Bernünftige wirtschaftliche Regelung der Reparationsfrage;
- Rentabelgestaltung der Landwirtschaft;
- Senkung der Gestehungskosten in der deutschen Wirtschaft;
- Arbeitsbeschaffung, eventuell vorübergehende Arbeitsstreckung und Fürsorge für die Menschen, die arbeiten wollen und nicht arbeiten können.

Das Programm ist wohl nicht ohne Absicht so weit ausgedehnt, daß es sich schließlich wie Zukunftsmission anhört, besonders was die Regelung der Reparationsfrage betrifft. Was der Reichsarbeitsminister unter der „Senkung der Gestehungskosten“ versteht, hat er zwar nicht gesagt, aber seine Lohnpolitik ist um so deutlicher. Und die ist leider keine Zukunftsmission.

Uebertritt zur Sozialdemokratie.

Professor Bergsträßer verläßt die Demokratische Partei.

Frankfurt a. M., 7. November. (Eigenber.)

Professor Bergsträßer ist aus der Demokratischen Partei ausgetreten und der Sozialdemokratischen Partei beigetreten. Professor Bergsträßer gehörte dem Reichstag von 1924 bis 1928 an und arbeitete im Untersuchungsausschuß über die Ursachen des Zusammenbruchs und im Femeauschuß.

Krach in der Friedensgesellschaft.

Professor Quidde ausgetreten.

Wie wir erfahren, ist der Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, Professor Quidde, aus der Deutschen Friedensgesellschaft ausgetreten. Der Austritt hängt damit zusammen, daß er von dem jetzigen Geschäftsführer Kästerhagen der bewährten Unwahrheit bezichtigt wurde. Obwohl Professor Quidde den Nachweis führen konnte, daß dieser Anwurf nicht stimmte, hat ihn Käster nicht zurückgenommen. Quidde war Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft.

Der Justizskandal von Naumburg.

Rechtsverweigerung für Republikaner.

Halle, 7. November. (Eigenber.)

Vor dem Schöffengericht Delitzsch wurde der kommunistische Gemeindevorsteher Bär wegen Beleidigung des Landrats zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Kommunist hatte in öffentlicher Gemeindevorsteheritzung, als über die Beschaffung von Bauland verhandelt wurde, die Behauptung aufgestellt, der Landrat würde die Baulustigen bei der Beschaffung von Bauland ebenso betrügen, wie er sie bei einer vermögensrechtlichen Auseinandersetzung betrogen habe. Als der Gemeindevorsteher gegen diese Beschimpfung Einspruch erhob, erklärte der Gemeindevorsteher, er werde beweisen, daß der Landrat der größte Betrüger sei. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Landrat überhaupt keinen Vertrag mit Nachlasspflegern abgeschlossen habe — und trotzdem diese lächerlich niedrige Geldstrafe, die nur

verstanden werden kann, wenn man erfährt, daß Delitzsch zum Gerichtsbezirk Naumburg gehört!

Der Justizskandal von Naumburg hat die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags veranlaßt, eine Große Anfrage einzubringen, die umfangreiches Material über die parteiische Handhabung der Justiz im Gerichtsbezirk Naumburg vorlegt.

„Es ist“, so sagt die Interpellation, „eine Ungleichheit vor Gericht entstanden, die himmelschreiend ist und die Gefahr in sich birgt, daß im Gerichtsbezirk Naumburg das gefloßte Treiben der Nationalsozialisten um die Unterhöhlung der Republik sich unter dem Schutze der Gerichte immer weiter ausbreitet.“

Die Regierung wird gefragt, ob ihr diese Zustände bekannt seien und was sie zu deren Beseitigung zu tun gedenke.

Baugoin lieferte dem Schutzbund Waffen

und holt sie jetzt unter Wortbruch zurück. — Eine Sitzung in der „Arbeiterzeitung“.

Wien, 7. November. (Eigenber.)

Am Donnerstagabend hatte der Nationalrat Julius Deutsch in einer Rede im Semmering den wahren Verhalt bezüglich der Waffen des Republikanischen Schutzbundes, die in Tirol, entbeht und beschlagnahmt wurden, enthüllt: es waren dies Waffen, die Ende 1925 und Anfang 1926 von der damaligen Bundesregierung

mit Zustimmung des jetzigen Bundeskanzlers Baugoin dem Republikanischen Schutzbund zur Verfügung gestellt worden waren

für den Fall, daß die Abwehr eines drohenden italienisch-faschistischen Bandenangriffes auf Tirol notwendig werden würde. Herr Baugoin, dem diese Feststellung, die die ganze Erbärmlichkeit und Unehrlichkeit seiner einseitigen Waffenrazzia aufdeckt, höchst peinlich war, hat nun einen schäblichsten Versuch gewagt, den Tatbestand zu dementieren. Prompt hat daraufhin Genosse Deutsch seine Ankündigungen wahrgemacht und die Dokumente veröffentlicht, die den Bundeskanzler Lügen strafte. Es handelt sich zunächst um einen Brief von Deutsch an Baugoin vom 14. Dezember 1925, in dem mitgeteilt wird, daß die Tiroler Ortsgruppe des Republikanischen Schutzbundes von der Innsbrucker Heeresleitung (Oberst Kirsch) um ihre Mitwirkung ersucht worden sei. Die Tiroler Gruppe habe jedoch erklärt, daß nur die Zentrale des Republikanischen Schutzbundes kompetent für solche Verhandlungen sei. Deutsch ersucht Baugoin, einen Vertreter des Heeresministeriums zwecks Verhandlungen mit ihm nomhaft zu machen.

Am 21. Dezember findet man

die Besprechung in der Zentrale des Republikanischen Schutzbundes, d. h. im Gebäude der „Wiener Arbeiterzeitung“ statt. Es nehmen daran teil von sozialdemokratischer Seite Deutsch, General a. D. Theodor Körner und der Innsbrucker Bierkeller, auf Regierungseite als offizielle Abgeordnete Baugoin, General Willas und Oberst Eich.

Deutsch veröffentlicht nun längere Auszüge aus dem Protokoll dieser Sitzung. Aus diesem Dokument ergibt sich einwandel die Zusage des Heeresministeriums, Ausrüstungsgegenstände und Waffen zuerst für 1000 Schutzbündler zur Verfügung zu stellen. Des weiteren wurde die Frage der Heranziehung von Verstärkung aus Salzburg, Vorarlberg und Innerösterreich besprochen. Auch Fragen des Oberkommandos, des Rechtsverhältnisses und sogar der Versorgung etwaiger Hinterbliebener des Schutzbundes durch den Staat wurden besprochen.

Hitler fraß Hugenberg!

Westarp bestätigt es.

Graf Westarp, einst unumschränkter Führer einer großen Partei, jetzt gleichberechtigter Unglücksgefährte einer Fünfmännergruppe, kritisiert das Werk seines Nachfolgers Hugenberg. In den „Volkstonservativen Stimmen“, einem dürftigen Wochenblättchen, schreibt er einen Artikel, in dem er darlegt, daß die Deutschnationale Partei durch Hugenberg's Führung nicht nur von 4,5 Millionen Wählern 2,5 Millionen verloren hat, sondern auch in völlige Abhängigkeit von der Falentkreuzpartei geraten ist. Gegen Hugenberg, der in seinen Reden die 148 Stimmen der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten als eine Einheit betrachtet, führt er aus:

Ich vertraue kein Geheimnis, sondern kann mich auf zahlreiche öffentliche Äußerungen beziehen, wenn ich feststelle, daß bis zur Auflösung auch in denjenigen Kreisen der Partei, ihres Vorstandes, ihrer Parteivertretung, ihrer Fraktionen, mit denen ich in Gegensatz geriet, die weitaus herrschende Meinung die war, daß ein junges Zusammengehen mit den Nationalsozialisten höchst gefährlich und zu vermeiden sei. Jetzt wird von deutschnationaler Seite der Wahlerfolg der Nationalsozialisten vielfach ganz wie ein eigener Erfolg behandelt, und die Deutschnationalen bekennen sich zu einer engen Gemeinschaft positiver Zusammenarbeit, während die Nationalsozialisten sehr geneigt sind, die deutschnationale Annäherung sehr von oben herab zu behandeln.

Die Führung in dem Kern der 148, um welchen sich die neue Mehrheit gruppiert hat, liegt bei Hitler, nicht bei Hugenberg... Die Kampfesweise der Nationalsozialisten, der sich diejenige der Deutschnationalen mehr und mehr angepaßt hat, ihr teils rein agitatorisches, teils un-reifes Auftreten im Reichstage haben die Hoffnung, daß das Zentrum unter den jetzigen Verhältnissen für rechts optieren könne, wie alle tatsächlichen Vorgänge der letzten Zeit beweisen, wesentlich vermindert.

Graf Westarp bestätigt damit, daß der „Vorwärts“ die Entwicklung auf der Rechten richtig beurteilte, als er schon

Am 5. Januar 1926 findet in Innsbruck eine weitere Besprechung zwischen Deutsch und dem Tiroler Landeshauptmann Stumpf in dieser Angelegenheit statt, der eine weitere Folge sollte. Baugoin war dabei der Vermittler zwischen Deutsch und Stumpf. Am 14. Januar 1926 teilt Baugoin im Brief an Deutsch, den die Arbeiterzeitung in Kaffinile veröffentlicht, mit, daß Landeshauptmann Stumpf gern bereit sei, mit ihm „in der bewährten Angelegenheit zu sprechen“. Am 18. und am 23. Februar 1926 endlich berät der Heeresauschuß des Parlaments über die Mitwirkung der Selbstschutzverbände, also auch des Republikanischen Schutzbundes, an der Verteidigung Tirols.

Heute hat man Baugoin dem Sozialdemokratischen Parteivorstand mitgeteilt, daß er morgen sozialdemokratische Waffenbestände, die im südöstlichen Wiener Bezirk Simmering aufbewahrt werden, nach einer staatlichen Fabrik überführen lassen werde. Es handelt sich um jene Arsenalwaffen, die die Wiener Arbeiterschaft den Zugriffen der Entente Ende 1918 entzogen hatte. Im Frühjahr 1927 hatte Baugoin diese Waffen aus dem Arsenal zunächst wegführen lassen, er mußte aber ein Abkommen mit der sozialdemokratischen Parteileitung treffen, wonach diese Waffen unter Doppelsperre aufbewahrt werden würden. Den einen Schlüssel sollte die Sozialdemokratische Partei, den anderen das Heeresministerium besitzen. Nach dem Vertrag sollte in Zukunft

eine weitere Überführung nur im beiderseitigen Einverständnis erfolgen.

Dennoch verleugnet Baugoin jetzt seine Unterschriften, indem er die Überführung für Sonnabend vormittag selbstherrlich anordnet und verkündet. Dieser Wortbruch geschieht zu dem offensichtlichen Zweck, die Arbeiterschaft einseitig zu entwaffnen, während die Heimwehr nach wie vor unbehelligt rüstet.

Baugoin versucht zu leugnen.

Wien, 7. November.

Amlich wird bekanntgegeben: Die in einer gestrigen Versammlung in Simmering von Dr. Deutsch aufgestellten Behauptungen über eine Bewaffnung des Schutzbundes in Tirol durch das Bundesheer und über eine Kooperation des Schutzbundes mit dem Bundesheer sind unrichtig. Dem Republikanischen Schutzbund wurden vom Bundeskanzler Baugoin als Heeresminister nie und nirgends Waffen übergeben und eine Zusammenarbeit von Bundesheer und Schutzbund war vom Bundeskanzler in Wirklichkeit nie geplant. Ueber die Einzelheiten dieser Angelegenheit wird heute noch eine angemessene Darstellung erfolgen.

lange vor dem 14. September schrieb: „Hitler frißt Hugenberg.“ Der alte konservative Parlamentarier bestätigt damit aber auch, daß die Rechte von heute mit ihrem „unreifen Auftreten“ nicht regierungsfähig ist.

Ein Ueberfall auf Jörgiebel.

Die Folge kommunistischer Hehe.

Genosse Jörgiebel wurde gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III als Zeuge in einem Berufsungsprozeß eines kommunistischen Stadtrats vernommen. Als er den Gerichtsfoal wieder verlassen wollte, sprang ein Kommunist namens Heitrich auf ihn zu und schlug ihn ins Gesicht. Der Täter wurde sofort festgenommen und vorgeführt. Auf die Frage nach den Motiven erklärte Heitrich: „Den schliche ich noch über den Haufen.“

Der Täter wurde zu drei Tagen Haft wegen Ungebühr vor Gericht verurteilt und sofort abgeführt. Er hat außerdem ein Strafverfahren zu erwarten. Der Ueberfall ist eine Folge der unausgesetzten Hehe der KPD. gegen den Genossen Jörgiebel.

Hausknechte Hugenberg's!

Kommunisten verschaffen einer Arbeiterstadt einen deutschnationalen Bürgermeister.

Eisleben, 7. November. (Eigenber.)

In dem im Mansfelder Seekreis gelegenen Städtchen Schraplau fand dieser Tage die Neuwahl des Bürgermeisters statt. Sozialdemokraten und Kommunisten haben in der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit. Vor Beginn des Wahllattes verließen die Kommunisten die Sitzung, wodurch die Bürgerlichen die Mehrheit erhielten und einen ausgeprochenen Deutschnationalen zum Bürgermeister wählten.

Infolge der australischen Finanzkrise ist der Finanzminister der australischen Arbeiterregierung Lyons zurückgetreten.

Helden mit dem Hakenkreuz.

Bibbernde Angst vor dem Richter.

Der nationalsozialistische Reichstags- und Landtagsabgeordnete Kaufmann gibt eine Halbmonatschrift „Nationalsozialistische Briefe“ heraus. In der am 15. März 1928 erschienenen Nummer dieser Briefe veröffentlichte Herr Gregor Straßer einen Artikel, der so ziemlich das Schamloseste darstellt, was je zur Verunglimpfung eines politischen Gegners geäußert worden ist. Straßer schreibt nämlich, daß man in gewissen Augenblicken, „in denen Otto Braun nicht ohne Gefahr eine überlegene Bestie markiere, daran denke, ob vielleicht seine gewiß sehr ehrenwerte Frau bei irgendeinem ostpreussischen Junker Gefallen fand“.

Diese Insamie bestimmte Braun, Straßentrug sowohl gegen Straßer als den Verleiber dieses Subenstreiche wie auch gegen Kaufmann, der den Straßerschen Schmutz in seine Monatschrift übernahm, Straßentrug zu stellen. Die Sache sollte vor dem Schöffengericht in Dranienburg zur Verhandlung kommen, das Termin auf den 2. Oktober 1928 anberaumte. In diesem Termin blieben beide Angeklagten aus. Darauf stellte die Staatsanwaltschaft beim Reichstag den Antrag, die Vorführung Straßers zu einem neuen Termin zu genehmigen, und beim Preussischen Landtag den gleichen Antrag bezüglich Kaufmanns, der sich damals damit begnigte, dieses Parlament zu zieren.

Der Reichstag genehmigte die Vorführung Straßers, nachdem die beiden Kumpans auch in einem auf den 5. April 1929 anberaumten Termin ausgeblieben waren. Der Landtag gab dagegen nicht die Zustimmung zur Vorführung Kaufmanns. Nunmehr blieb Straßer nichts anderes übrig, als in dem nächsten Termin am 27. August d. J. vor dem Schöffengericht Dranienburg zu erscheinen; Kaufmann blieb wiederum aus. Straßer wurde damals wegen einer ganzen Reihe von Straftaten zu sechs Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt. Die schamlose Verunglimpfung Otto Brauns wurde mit drei Monaten Gefängnis geahndet.

Gegen Kaufmann wurde neuer Hauptverhandlungstermin auf den 16. November 1929 anberaumt. Kurz vor dem Termin sandte Frau Kaufmann die für ihren Gatten bestimmte Ladung mit der Bemerkung zurück, daß er auf Wahlreisen sei und sie ihm vor dem Termin keine Nachricht habe geben können. Nachdem noch das Gericht eine neue Verhandlung auf den 2. Mai d. J. anberaumt hatte, die nicht stattfinden konnte, sollte sich Kaufmann endlich am 4. November dieses Jahres vor dem Schöffengericht Dranienburg verantworten. Am Tage vorher lief bei Gericht ein Brief von ihm ein, in dem er mitteilte, daß „wichtige Pflichten“ ihn am Erscheinen hinderten.

Die Verhandlung mußte infolgedessen vertagt werden. Da Kaufmann seit dem 14. September d. J. auch dem Reichstag angehört, werden nunmehr Reichstag und Landtag sich darüber schlüssig zu machen haben, ob sie diesem unwürdigen Mitglied gestatten wollen, sein triviales Spiel in alle Ewigkeit fortzusetzen. Sollten beide Parlamente die Genehmigung zur Vorführung, um die sie erneut ersucht werden, verweigern, so würden sie damit in die Spuren des braunschweigischen Justizministers Franzosen treten, d. h. sie würden sich der Begünstigung schuldig machen.

Das Verhalten Kaufmanns liefert einen neuen Beweis dafür, was die Nationalsozialisten unter „sittlicher Erneuerung“ verstehen. Den politischen Gegner in der gemeinsten Weise beschimpfen und sich dann der Verantwortung durch ein Verhalten zu entziehen, das sie bei jedem anderen als „jüdischen Dreh“ bezeichnen würden, ist nach nationalsozialistischer Anschauung offenbar hochmoralisch.

Sie sind alle da!

Die Putschisten von 1923 sammeln sich.

München, 7. November. (Eigenbericht.)

Der Hitler-Putschist Ernst Röhm, der Führer der hochvertrauensvollen Organisation Reichskriegsflagge im Jahre 1923, ist aus dem bolivianischen Heeresdienst wieder ausgeschieden und unerwartet schnell nach München zurückgekehrt, wo er am Bahnhof von Hitler und seinem Stab feierlich empfangen wurde. Seinen Vorgesetzten in Bolivien hatte er als ehemaliger aktiver Generalführer um die Jahresende 1928/29 angetreten, nachdem seinem militärischen Ehrgeiz in der deutschen Republik keine Erfolge mehr winkten und sein Reichstagsmandat nach einem halben Jahre wieder verloren gegangen war. Nach dem Rauswurf vom 14. September schloß Röhm offenbar Hoffnungen, auch in Deutschland wieder zu Ehren zu kommen und folgte kurz entschlossen dem Rufe Hitlers. Es ist anzunehmen, daß er neben den Fememördern Heines, Schulz und Klapproth von seiner Partei eine einträgliche Stellung in der Bürgerkriegsarmee erhalten wird.

918 Millionen Defizit.

Der Reichshaushalt im September.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht jetzt die Ausgaben und Einnahmen des Reiches im Monat September. Somit kann man sich jetzt ein genaues Bild über die Entwicklung der Reichsfinanzen in den ersten sechs Monaten des laufenden Rechnungsjahres 1930/31 machen.

Gegenüber einem Einnahmesoll von 11,63 Milliarden im ganzen Rechnungsjahr, dem für das erste Halbjahr ein Einnahmesoll von 5,8 Milliarden entspricht, sind die bisherigen Einnahmen im ordentlichen Haushalt um 600 Millionen zurückgeblieben. Allerdings sind die neuen Steuern in dem abgelaufenen Halbjahre erst einen Monat wirksam gewesen, so daß sich die Einnahmen in den kommenden Monaten verbessern dürften. Andererseits stellten sich die Ausgaben auf 5,65 Milliarden, so daß die Ausgaben um fast 455 Millionen über den Einnahmen liegen.

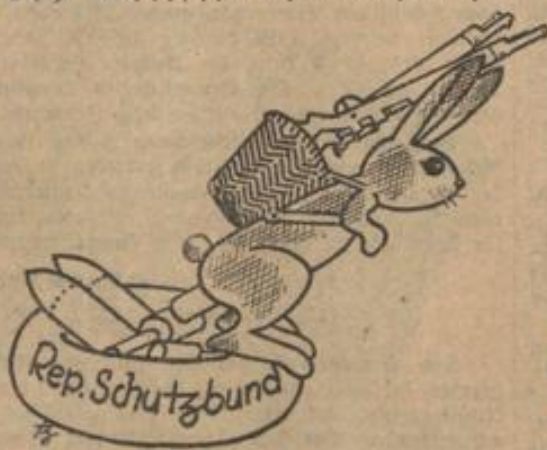
Im außerordentlichen Haushalt stellten sich die Einnahmen von April bis September auf 631,8 Millionen, darunter 487,1 Millionen Mark aus Anleihen, während sich die Ausgaben auf 188,9 Millionen Mark bezifferten. Es ergibt sich hier also eine Mehreinnahme von 472,9 Millionen Mark.

Einschließlich des Fehlbetrages aus den Vorjahren beläuft sich Ende September das Defizit im ordentlichen Etat auf 619,7 Millionen und im außerordentlichen Etat, der einen Fehlbetrag von 771,7 Millionen aus dem Vorjahr aufweist, auf 298,8 Millionen Mark. Insgesamt stellt sich also das Defizit im Reichshaushalt Ende September auf 918,5 Millionen Mark.

Der Kassenbestand belief sich Ende September bei 1289 Millionen Einnahmen und 1275 Millionen Ausgaben auf 14 Millionen Mark.

Osterhase Vaugoin.

Die österreichische Regierung ließ beim Republikanischen Schutzbund die Waffen beschlagnahmen, die sie selbst gegen die Gefahr eines faschistischen Einfalls dort deponiert hatte.



Ein guter Osterhase

er versteckt nicht nur die Eier...

... sondern verrät auch gleich ihr Versteck!

Auswirkungen der Notverordnung.

Die preussischen Ausführungsgesetze vor dem Landtag.

Der Preussische Landtag überwies am Freitag zunächst auf Antrag des Abg. Brandenburg (Soz.) einen Antrag ohne Aussprache dem Landwirtschaftsausschuß, der Arbeitsbeschaffung für die Fortarbeiter durch Holzschlag und Vornahme von Wegebauten usw. verlanzt.

Es folgte die zweite Lesung des Gesetzentwurfes zur Durchführung der Gemeindebesteuer, Gemeindegemeinschaftsteuer und Bürgersteuer sowie zur Abänderung des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes.

Abg. Sjyilat (Soz.)

als Berichterstatter: Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 erhalten die Gemeinden das Recht, die Bier- und Bürgersteuer einzuführen oder bei außerordentlicher Belastung durch Wohlfahrtsausgaben die Möglichkeit, eine Getränkesteuer zu erheben. Die Länder sind verpflichtet, den Landesrat der Bürgersteuer zu bestimmen, die Höhe des Landesdurchschnitts für die Grund- und Gebäudesteuer festzustellen und Bestimmungen über die Ausgestaltung der Bier- und Bürgersteuer zu erlassen.

Mit dem vorliegenden Entwurf ist die Staatsregierung dieser Verpflichtung nachgekommen.

Die Regierung will die Höhe des Landesdurchschnitts für die Grund- und Gebäudesteuer in einem Erlaß feststellen. Der Landesrat der Bürgersteuer ist wie in der Reichsnotverordnung für einkommenssteuerfreie Personen mit 3 M., für die Ehefrau mit 1,50 M., bei einem Einkommen bis zu 8000 M. mit 6 M. und für die Ehefrau mit 3 M. festgesetzt. Die Steuer soll lediglich durch Gemeindecassendirektoren erhoben werden, eine Genehmigung der Aufsichtsbehörden ist nicht erforderlich. Sind die Gemeinden aber nach der Bestimmung der Notverordnung zur Einführung der Bürger- und Biersteuer verpflichtet und kommt ein solcher Beschluß in den Gemeinden nicht zustande, so sollen die Aufsichts- und Beschlußbehörden das Recht der zwangsweisen Auf-erlegung haben.

Die Regierung ging insofern noch über die ihr aus der Notverordnung zusehenden Rechte hinaus, als die Einführung der Bier-, Bürger- und Getränkesteuer auch dann durch Beschluß der Aufsichtsbehörden möglich sein soll, wenn eine Verpflichtung dazu nicht besteht. Die Sozialdemokraten haben Streikung dieser Bestimmung beantragt, die Regierung erklärte jedoch, daß sie bei der Entwicklung in den einzelnen Gemeinden zu einem solchen Vor-

gehen gezwungen sei. Eine Verständigung erfolgte in dem Sinne, daß nur in bestimmten Grenzen die Steuern zwangsweise eingeführt werden sollen.

Eine Debatte über Zweckmäßigkeit der Steuern hat deshalb keinen Sinn, weil nach der Notverordnung für die Länder die zwingende Verpflichtung besteht, sie durchzuführen.

Der Redner empfiehlt namens des Hauptauschusses die Annahme der Vorlage in der Ausschussfassung unter Ablehnung aller Änderungsanträge.

Abg. Dr. v. Arles (Dnat.) fragt den Finanzminister über die Stellung der Regierung zum Finanzprogramm der Reichsregierung. Das preussische Arbeitsbeschaffungsprogramm gebe zu erheblichen Bedenken Anlaß.

Abg. Köllges (Z.) unterstreicht noch einmal die Feststellungen des Berichterstatters, daß der Entwurf nur die Ausführung der Reichsnotverordnung sei. Er hofft, daß die Gemeinden die Getränkesteuer so wenig wie irgend möglich einführen.

Abg. Oberdörfer (Komm.) kritisiert das Reichsfinanzprogramm und lehnt für seine Fraktion die Steuervorlage unter heftigen Angriffen gegen die Sozialdemokratie ab.

Abg. Neumann-Frohna (DZp.) polemisiert gegen die Getränkesteuer und damit auch gegen seinen Parteifreund Dr. Müller, den Vorsitzenden des Städtelages, der sich für diese Steuer entschieden eingesetzt hat.

Abg. Müller-Herzhagen (Chr. Rat.) erwartet von der Einführung der Bier- und Bürgersteuer eine Senkung der Realsteuern. Die Gemeindegemeinschaftsteuer sei überaus bedenklich und würde vor allen Dingen die notleidenden Winzer treffen.

Abg. Donners (Wirtsch.) erklärt, daß seine Partei mit ihrer Warnung vor dem Arbeitslosenversicherungsgesetz Recht behalten hat.

Abg. Dr. von Kries (Dnat.) stellt fest, daß zum Bedauern seiner Fraktion der Finanzminister nicht Gelegenheit genommen hat, zum Finanzprogramm der Reichsregierung Stellung zu nehmen.

Hierauf wird durch Schlußantrag die Aussprache beendet. Die Abstimmungen finden am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, statt.

Nächste Sitzung Mittwoch, 12. November, 12 Uhr. Tagesordnung: Abstimmungen in zweiter Lesung über die Steuervorlagen, dritte Lesung, Anträge des Hauptauschusses über Hilfsmittel für die Landwirtschaft.

Neues britisches Schulgesetz.

Verlängerung der Schulpflicht.

London, 7. November. (Eigenbericht.)

Dem Unterhaus legte Unterrichtsminister Trevelyan das neue Schulgesetz vor. Das Kabinett hofft, die Vorlage bis Weihnachten unter Dach und Fach zu bringen. Was wir hier vorschlagen — erklärte der Minister — ist

eine der größten Reformen in der englischen Geschichte, sie soll dem Kinderdrama in der englischen Arbeiterklasse ein Ende bereiten. Das schulpflichtige Alter soll auf 15 Jahre erhöht und die davon betroffenen Eltern mit durchschnittlich 5 Schilling pro Woche für jedes Kind unterstützt werden.

Volksbühne und Krolloper.

Entscheidende Verhandlung heute.

Zwischen dem Kultusministerium und der Volksbühne haben gestern die Verhandlungen über den Krolloper-Vertrag begonnen. Die Verhandlungen waren für alle Beteiligten streng vertraulich. Trotzdem werden in der Presse darüber Mitteilungen veröffentlicht, die zum Teil unrichtig sind. So läuft der Krolloper-Vertrag zwischen Volksbühne und Ministerium nicht bis zum Jahre 1947, sondern 1949, und die Entschädigungssumme, die der Staat sofort an die Volksbühne zahlen will, umfaßt nicht die Beträge für fünf, sondern für sechs Jahre. Die entscheidende Verhandlung wird heute nachmittag stattfinden, und wir werden dann unsere Leser über die Einzelheiten informieren können.

Curt Corrent: „Sektion Rahnstetten“.

Erstaufführung im Berliner Theater.

Ein Fememörderstück mit Freundschafts- und Menschlichkeitsidealen, lindlich aufgebaut, ohne Leben und von verspäteter Aktualität. Unter mittelmaßiger und unbestützte schlichten Leistungen ein heroortagender Darsteller: Lothar Körner. Großer Beifall, vereinzelt Pfiffe. Dgr.

Einer Armee von Kindern wollen wir eine verlängerte Ausbildungszeit und damit die Grundlage für einen besseren Lebensstandard geben. Wir wollen die Kinder bis zum 15. Lebensjahre von der Arbeit fernhalten, wie es die Bescheidenden ihrer Jugend bis zum 18. Lebensjahre und noch länger gewähren können. Die Lehrer und Erzieher treten warm für unsere Reform ein, die keinen Gegner unter denkenden und empfindenden Menschen haben sollte. Für 300 000 Kinder soll das Gesetz sofort in Kraft treten, und bis zum April 1931 kann die Umorganisation so weit gediehen sein, daß alle englischen 300 000 Volksschüler in das Gesetz einbezogen sind. Die 300 000 Kinder machen aber

für 150 000 ältere Arbeiter Arbeitsplätze frei.

so daß dadurch die Arbeitslosigkeit erheblich vermindert wird. Die jährlichen Kosten für die Ausführung des Gesetzes belaufen sich auf 7 bis 9 Millionen Pfund Sterling.

Unter den Hochrufen der Arbeiterpartei schloß Trevelyan seine Rede. Der Sprecher der Arbeiterfraktion Ede sagte, die Hoffnungen der englischen Arbeiterbewegung würden auf diesem Gesetz beruhen. Vielleicht ist dies auch der Grund, weshalb der nächste Redner, Lord Perz, Unterrichtsminister im früheren Kabinett Baldwin, im Namen der Konföderation das Gesetz ablehnte. Seine Partei werde unter allen Umständen gegen das Gesetz stimmen. Die Zerknirschtheit der Liberalen zeigt sich wiederum darin, daß sie bis heute noch nicht wissen, ob sie für oder gegen das Gesetz stimmen sollen.

Das neue Schulgesetz ist in zweiter Lesung vom Unterhaus mit 294 gegen 227 Stimmen angenommen worden; 38 Liberale haben für die Regierung gestimmt. Der Gesetzentwurf ging darauf an einen Ausschuß.

218 zu 216.

Knappe Republikanermehrheit.

New York, 7. November.

Die Wiederwahl des republikanischen Unterhausmitgliedes Pates in Illinois erscheint auf Grund der nunmehr vorliegenden Nachrichten als gesichert, so daß die Republikaner im Repräsentantenhaus mit 218 Stimm gegen eine knappe Mehrheit verfügen. Dies gilt natürlich vorbehaltlich der Änderungen, die in den Wahlbezirken, deren Ergebnisse angefochten werden, eintreten können.

Streiks und Tarife 1912 und 1929

Soziale Kämpfe in Gegenwart und Vergangenheit.

Heute schon gehört jeder vierte Wahlberechtigte zur Nachkriegsgeneration, also zu denjenigen, die erst nach 1918 20 Jahre alt geworden sind. Was wissen die jungen Staatsbürger der Republik von der Lage des Arbeiters im kaiserlichen Deutschland der Vorkriegszeit? Ist es wahr, daß damals die Arbeiter viel mehr kämpften als sie es heute tun? Die dem Thema gilt die nachfolgende Untersuchung.

Die Redaktion.

Im Jahre 1912 wurde vom kaiserlichen Statistischen Amt erstmalig eine umfassende Zusammenstellung der in Deutschland bestehenden Tarife veröffentlicht. Diese Veröffentlichung war nahezu ausschließlich auf den Angaben der Gewerkschaften aufgebaut. Alle anderen Quellen waren unzuverlässig, amtliche Feststellungen gab es nicht, wir hatten ja noch nicht das Arbeitsrecht von heute.

Der Arbeiter lebte vor dem Kriege in weiten Berufsgruppen ohne jede tarifliche Sicherung von Lohn und Arbeitszeit. Im Bergbau gab es 1912 nicht einen Tarifvertrag! Fast ebenso sah es in der chemischen Industrie, in der Textilindustrie, im Handels- und Reinigungsgewerbe, in der Gast- und Schankwirtschaft, im Musikergewerbe, für Theater und Schaustellungen und selbstverständlich in der Landwirtschaft und für die kaufmännischen Angestellten, Techniker und Werkmeister aus.

Ende 1912 bestanden in Deutschland lediglich für 1.574.000 Arbeiter und Arbeiterinnen tarifliche Abmachungen irgendwelcher Art, mehr als eine Million davon waren freigewerkschaftlich organisiert. Die Tarife waren Kampferfolge der Gewerkschaften!

Die 1912 in Kraft getretenen Tarife waren für 293.000 Arbeiter durch Verhandlungen abgeschlossen, 35.000 Arbeiter hatten sie erst nach Streiks oder Aussperrungen erreicht.

Der Achtstundentag war für 7,6 Proz. der an den Tarifen beteiligten Arbeiter während des Sommers und für 46,8 Proz. während des Winters festgelegt. Es handelt sich bei dem Winterachtstundentag zumeist um die Bauarbeiter und verwandten Gewerbe. Über 8 bis 9 Stunden reine Arbeitszeit hatten im Sommer 30,5 Proz., im Winter 22,6 Proz. der tariflich geschützten Arbeiter. Mit über 9 bis 10 Stunden war die Arbeitszeit im Sommer für 57,7, im Winter für 27,2 Proz. der Tarifarbeiter festgelegt. Die Tarifverträge umfaßten aber auch 10, 11 und noch mehr Stunden. Es handelte sich dabei immer um die tariflich festgelegte kürzeste Arbeitsdauer ausschließlich der Pausen.

Der Mindeststundenlohn für den erwachsenen gelernten männlichen Arbeiter und für den erwachsenen ungelerten männlichen Arbeiter war in Pfenningen für die an den Tarifen Beteiligten wie folgt festgelegt:

Stundenlohn in Pfenningen:	An Tarifen beteiligte	
	gelernte Arbeiter:	ungelernte
unter 25		1,0 Prozent
25 bis 35	3,4 Prozent	19,3
36 " 45	23,9	36,6
46 " 55	38,3	34,9
56 " 65	24,7	3,0
66 " 75	7,2	0,9
über 75	4,5	0,3

An Urlaubsforderung war damals noch nicht zu denken, — das war ein Stück „Zukunftssaat“ —, deswegen enthielt kein Tarif irgendeine Urlaubskaufel. Dies waren die besten Arbeitsbedingungen, die nur eine kleine Minderheit genoss.

Betrachten wir nun die Gegenwart. Ende 1929 waren die freien Gewerkschaften nach ihrer jüngsten Veröffentlichung, „Die Tarifverträge in Deutschland Ende 1929“, Sonderheft 1 der „Gewerkschaftszeitung“, an folgenden Tarifen beteiligt:

	für Betriebe	für Arbeitskräfte
Bolltarife	198.278	1.951.711
Warteltarife:		
ohne Arbeitszeitregelung	171.597	2.380.970
mit	318.764	5.743.938
Arbeitszeitabkommen	25.114	1.472.192
Lohnabkommen	428.935	7.974.466

Ende 1929 waren die Arbeitsverhältnisse in Deutschland für 12 bis 13 Millionen Erwerbstätige tariflich geregelt, fast bei jedem Tarifvertrag sind die freien Gewerkschaften Vertragspartner.

Von den Lohnverträgen sind die Verträge für 635.000 Arbeiter erst nach Streiks oder Aussperrungen zustande gekommen. Das Prozentverhältnis der Kämpfe und der friedlichen Erfolge ist also heute ebenso respektabel wie in der Vorkriegszeit.

In dem Rahmen der gesamten wirtschaftlichen Bewegungen der deutschen Arbeiterschaft nahmen schon in der Vorkriegszeit die ohne Arbeitseinstellung verlaufenden gewerkschaftlichen Bewegungen die überragende Stellung ein. Im Jahre 1913 kämpften in Streiks und Aussperrungen 249.000 Arbeiter. Im Jahre 1929 fanden 464.000 Arbeiter und Arbeiterinnen durch Streiks und Aussperrungen im härtesten Gewerkschaftskampfe. Ueberhaupt an

gewerkschaftlichen Bewegungen waren 1913 rund 1,2 Millionen Beschäftigte beteiligt, 1929 dagegen 10,8 Millionen! Dabei waren Ende 1913 nur 5 Proz. der Arbeiter vollarbeitstos, Ende 1929 dagegen 22 Proz. Die Gewerkschaften kämpften also 1929 auf härterem Boden und auf viel breiterer Front als 1913!

Vergleicht man die vorstehenden Zahlen, so zeigt sich, daß die Redensarten von dem angeblich verloren gegangenen Kampfeifer der Gewerkschaften, vom vermaßerten Klassenkampf usw. einfach ohne Kenntnis der Vergangenheit nachgeplappert werden. Allein für Arbeitskämpfe haben die freien Gewerkschaften ausgegeben:

1927	11.358.000 Mark
1928	32.224.000
1929	13.305.000

Den Hauptgewinn hat seit 1913 der Unorganisierte gezogen, der heute alle Vorteile der Tarife und der gewerkschaftlichen Arbeit genießt, ohne einen Pfennig zu opfern und ohne Solidarität anzuerkennen. Das sind dazu häufig jene Elemente, die jetzt als Nationalsozialisten von bestimmten Unternehmergruppen als Gelbe gefördert werden, um die Tarifverträge und das Schlichtungswesen zu zerschlagen oder die als kommunistische Gewerkschaftsopposition die Kraft der Gewerkschaften zerstören möchte, weil deren politische Richtung nicht in den Rostauer Kram paßt.

Die heranwachsende Generation mag genau betrachten und festhalten, was ihr in den lehtvergangenen Jahrzehnten erkämpft worden ist, damit sie das Erbe ausbaue und weiter gestalte und nicht verliere. Die Zeiten sind ernst! Kurt Hoinig.

Endlich die Preisklausel!

Einigung in der sächsischen Lederindustrie.

Dresden, 7. November.

Im Lohnstreit der sächsischen Lederindustrie ist gestern in der Verhandlung vor der Tarifschlichtungsstelle unter Vorsitz von Oberregierungsrat Panofsky folgende Einigung der Parteien erzielt worden: Das bis zum 31. Oktober 1930 geltende Lohnabkommen wird mit Wirkung ab 1. November 1930 wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß bei Senkung des Reichsladeges für Ernährung, Kleidung und Wohnung nach dem Stande vom Oktober 1930 je fünf Punkte eine Herabsetzung des Spitzenlohnes um drei Pfennig pro Stunde mit Beginn der ersten Lohnwoche des darauf folgenden Monats eintritt. Vor der gleichen Tarifkommission ist vor einiger Zeit über den Mantelvertragsvertrag und die Arbeitszeitbestimmungen ebenfalls eine Einigung in den wesentlichsten Punkten herbeigeführt worden. Nur in einigen weniger wichtigen Fragen, wie Höhe des Ueberstundenzuschlages, Bezahlung der Urlaubzeit bei Kurzarbeit, Ortsklassenabstufung und -einstellung, ist durch bindenden Spruch entschieden worden.

Kampf den Spaltern!

Ein Verdammungsurteil.

In einer überaus stark besuchten Belegschaftsversammlung der Turbinenfabrik der A.G.O. wurde folgende Entschlieung mit allen gegen sechs Stimmen angenommen:

Die Belegschaftsversammlung der A.G.O.-Turbinen am 7. November 1930 in den Arminiusssälen verurteilt und bekämpft auf das schärfste die verbrecherische Politik der kommunistischen Partei. Diese spaltet bewußt und planmäßig die deutsche Arbeiterschaft und deren Kampforgane, die freien Gewerkschaften. Die A.P.D. spaltet die Kampforganisation der Metallarbeiter, den Deutschen Metallarbeiterverband. Sie gründet abermals einen neuen Verband, einen sogenannten „Roten Metallarbeiterverband“. Seit 1918 ist dies der fünfte Versuch, die Kampforganisation der Arbeiter zu zerstören. Dadurch unterläßt die A.P.D. ganz zielbewußt die Faschisten, die in Deutschland versuchen, an die Macht zu kommen.

Die Kollegen der Turbinen appellieren an die Berliner und deutschen Metallarbeiter und fordern diese auf, dem Treiben der A.P.D. in allen Betrieben aufs schärfste entgegenzutreten.

Die Belegschaft der Turbinen ist sich klar, daß nur geselltes Austreten und durch eine starke kampffähige Organisation den Angriffen der Unternehmer auf unsere Löhne und auch den Faschisten von rechts, unter Hitler, und deren Steigbügelhalter von links, unter Thälmann, Troch geboten werden kann.

Die Kollegen der Turbinen weisen die nur mit Verleumdungen und Lügen arbeitende kommunistische Kampfwweise mit Ekel zurück und fordern die Metallarbeiter auf, sich nur in den freien Gewerkschaften zu organisieren.

Durch Kampf zum Sieg! Einigkeit macht stark!

Arbeiter und Beamte.

Gehalt und Lohn sind solidarisch.

Die Bestrebungen, die Gehaltstürzung bereits am 1. Januar 1931 eintreten zu lassen, haben in der Beamtenchaft Erregung hervorgerufen. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat in einem Schreiben an den Reichsrat nachdrücklich betont, daß eine Vorverlegung der Gehaltstürzung von April auf Januar von der Beamtenchaft einmütig abgelehnt werde, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil von einer Auswirkung der Preislenkungsaktion im Kleinhandel noch absolut nichts zu bemerken ist.

Nach einer Mitteilung des Deutschen Beamtenbundes soll die Vorverlegung der Gehaltstürzung mit der Preisregelung der Höhe in der Metallindustrie in Zusammenhang stehen. Die Arbeitergewerkschaften hätten bereits seit längerer Zeit den 1. Januar befürwortet, und neuerdings sei das besonders von Seiten der Metallarbeiterverbände wegen des bevorstehenden Schiedspruchs im Berliner Metallkonflikt geschehen.

Wie wir dazu erfahren, trifft diese Behauptung auf keinen Fall für den freigewerkschaftlichen Deutschen Metallarbeiterverband zu. Er hat weder direkt, noch indirekt eine Vorverlegung der Gehaltstürzung befürwortet. Die christlichen Gewerkschaften waren an den Verhandlungen gar nicht beteiligt. Daß die christlichen Gewerkschaften die Beamten (sozusagen als Prügelknechte betrachtet, ist bekannt. Damit stehen sie aber unter allen Gewerkschaften ganz allein.

Eisenbahner gegen R.O.D.

In einer überfüllten Versammlung der Eisenbahner in den Sophienböden, einberufen vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, wurde mit den Arbeiterzerplitterern von rechts und links scharf abgerechnet. Nach einem Referat des Bevollmächtigten, Genossen Winkler, wurde folgende Entschlieung angenommen:

„Die am 7. November tagende, öffentliche Versammlung der Berliner Eisenbahnerwerkschaften nimmt entrüstet Stellung gegen Abbau und Ausbeutung durch die Reichsbahn-Gesellschaft und bringt zum Ausdruck, daß die jetzige Wirtschaftskrise niemals behoben werden kann durch einseitige schwere Belastung der Arbeiter. Sie steht in der Arbeitszeitverkürzung auf täglich 7 Stunden und der damit verbundenen Verringerung des Arbeitslosenbeeres den ersten Schritt zur Behebung der Krise und ist bereit, kämpfend ihren Anteil an der Rationalisierung zu fordern.“

Voraussetzung für diesen Kampf ist der einheitliche Wille und eine einheitliche Organisation. Sie verurteilt aufs schärfste jeden Versuch einer weiteren Spaltung der Eisenbahner, wie sie von Nazis und der R.P.D. bereits in die Wege geleitet ist. Die Gründung der R.O.D. wird als Verbrechen an der Arbeiterschaft gebrandmarkt.

Paul Pawlowitsch gestorben.

Wieder ist einer der Genossen dahingegangen, die schon unter dem Ausnahmegezet für die Arbeiterbewegung tätig waren. Paul Pawlowitsch, schon seit mehreren Jahren an einer Magenkrankheit leidend, ist, 66 Jahre alt, gestorben.

In den vier Jahren des vorigen Jahrhunderts war er schon für die Sozialdemokratische Partei tätig. Anfang der vier Jahre hatte er sich den damaligen „Unabhängigen“ angeschlossen und später der anarchistischen Bewegung. Anfang dieses Jahrhunderts lehrte er zur Sozialdemokratischen Partei zurück.

Für seine Gewerkschaft, den Deutschen Metallarbeiterverband, hatte Pawlowitsch eine ehrenamtliche und dann besoldete Funktionstätigkeit mehrere Jahrzehnte erfolgreich ausgeübt. Er war ein unerfärdener Kämpfer für die Arbeiterschaft und alle, die ihn gekannt haben, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Merktblatt für Arbeitslose. Anfolge eines sinnentstellenden Druckfehlers bringen wir nochmals folgenden Passus unseres Artikels im gestrigen „Vorwärts“: Schlieglich wird noch besonders darauf hingewiesen, daß nach der neuen Fassung des Gesetzes zur Berechnung des Unterstützungszulages der Bruttoverdienst der letzten 26 Wochen (ausschließlich der gesetzlichen Feiertage) des Arbeitsverhältnisses notwendig ist. Wenn in den letzten 26 Wochen Krankheitszeiten liegen oder es mußte ausgefetzt werden, dann fällt diese Zeit für die Berechnung des Bruttoverdienstes weg und es muß der Bruttoverdienst der gleichen Zeitdauer für die Berechnung mit herangezogen werden, die vor den letzten 26 Wochen liegt.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Abteilung, Sprechhorstalleher! Heute um 30 Uhr Sprechhorstalleherführung in Rahlsdorf, Rahlsdorfstraße. — Sonntag, 9. November, Jugendversammlung der Freie Gewerkschaften im Theater am Schlossplatz um 16 1/2 Uhr. Eintrittskarten ausverkauft.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelböter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: Dr. John Schimanski; Politik und Sanitäts: Reinhardt; Anzeigen: Ed. Gode; Schriftlich: in Berlin, Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 8, Siera 2. Belagern.

WERTHEIM

Bedeutend vergrößerte Spielwaren-Abteilungen

Große Weihnachts-Ausstellung

Leipziger Str., Mittel-Lichtof

Königstr., Einrichtungshaus

Rosenthaler Str., III. Stock

Moritzplatz, III. Stock

Im
Spielzeug-Reich

Weihnacht,
Weihnacht überall!

Im
Wintermärchen

Im wunderbaren
Puppenland



**Autohalle 2, am Kaiserdamm, Eingang Bredischneiderstraße
Beginn 18 Uhr / Saalöffnung 17 Uhr / Eintrittspreis 60 Pfennig**

Mitwirkende: Das verstärkte Berliner Sinfonie-Orchester / Chöre des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes (Central-Chor / Berliner Sängerkorps / Neuköllner Sängerkorps / Friedrich-Megar-Chor). **Leitung:** Georg Oskar Schumann / Sprechchor für Proletarische Feierstunden unter Leitung von Albert Florath / Einzelsprecher: Heinrich Wille und Trude Daniel / Karten bei den Funktionären und im Büro, Lindenstraße 3 / Die Ordner treffen sich pünktlich 16 Uhr am Eingang in der Bredischneiderstraße

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Bezirksverband Berlin

Kommt Berlin über den Berg?

Es fehlen jetzt 80 Millionen! - Neuer Kredit über 40 Millionen? - Magistrat rechnet mit den neuen Steuern

Das Defizit der Stadt Berlin wird vom Magistrat jetzt auf 79 Millionen Mark beziffert. Wenn man hierzu die zwangsläufig noch aufzutretenden, unvorhergesehenen kleineren Ausgaben hinzurechnet, dürfte man auf einen Fehlbetrag von rund achtzig Millionen Mark kommen. Das ist auch für eine Stadt von dem Ausmaße Berlins eine bedrohliche Summe, und es ist die Pflicht des Magistrats, rechtzeitig für Deckung zu sorgen. Wie der Nachtragshaushalt zeigt, der nunmehr der Stadtverordnetenversammlung zugeht, will die Stadt vorerst ein mittelfristiges Darlehen in Höhe von 40 Millionen aufnehmen, um

noch allem die Mehrausgaben für die Wohlfahrt auszugleichen. Die neuen Kommunalsteuern, mit deren Einführung der Magistrat allzu optimistisch trotz der vielen Widerstände zu rechnen scheint, sollen ungefähr 18 Millionen Mark einbringen. Der verbleibende Rest soll dann auf das nächste Rechnungsjahr vorgetragen werden.

Die sehr schwere Wirtschaftskrise hat bekanntlich nicht nur zu einer Steigerung der Wohlfahrtslasten in gänzlich unerwartetem Maße geführt, sondern auch ganz bedeutende Rückgänge bei den Steuereinnahmen verursacht. Die Zahl der von

der Stadt zu unterstützenden ausgesteuerten Erwerbslosen liegt seit der Haushaltsaufstellung erschreckend und hat sich inzwischen gegen die für den Haushalt angenommene Durchschnittsziffer von 30.000 etwa verdoppelt. Der Rückgang bei den Steuereinnahmen beträgt nicht weniger als 20,5 Millionen Mark.

Durch die letzte Sparaktion hofft man, das Defizit noch etwas herabdrücken zu können, aber schon jetzt ist klar, daß es unmöglich ist, die Einnahmen und Ausgaben noch in diesem Jahre auszugleichen. Die Aufbringung der Deckungsmittel muß vielmehr auf die kommenden Jahre verteilt werden, was auch angesichts der schweren wirtschaftlichen Not berechtigt erscheint. Der Magistrat schlägt daher die Aufnahme eines mittelfristigen Überbrückungskredits in Höhe von 40 Millionen Mark vor. Da eine Besserung der Finanzlage der Stadt im Jahre 1931 nicht erwartet werden kann, würde dieser Kredit frühestens vom Jahre 1932 ab in auf mehrere Jahre zu verteilende Raten zu tilgen sein.

Maske plündern Auto.

Heberfall auf offener Landstraße. - Erwerbslosengelder gerettet.

Eisenach, 7. November.

Am Freitag früh begaben sich zwei Beamte des Eisenacher Arbeitsamts im Kraftwagen nach Liebenstein, um den dortigen Erwerbslosen die fälligen Unterstützungsgelder auszuzahlen. Kurz hinter der hohen Sonne war der Wagen bei einer abschüssigen Kurve gezwungen, langsam zu fahren. In diesem Augenblick sprangen fünf maskierte Männer aus dem Walde und zwangen mit vorgehaltener Pistole den Wagenlenker zum Halten. Die beiden im Wagen sitzenden unbewaffneten Beamten mußten mit ansehen, wie die Straßendiebe in aller Ruhe das Auto nach Geld untersuchten. Die Räuber erbeuteten zwei Geldkassetten und zwei Aktentaschen, die aber nur Formulare und Fahrkarten enthielten. Das Geld war anderweitig untergebracht und von den Banditen nicht entdeckt worden.

Dämme werden durchstochen.

Frankfurt außer Gefahr! - Das Wasser sinkt langsam.

Frankfurt a. d. O., 7. November.

Die Oder erreichte heute nacht im Frankfurter Stadtgebiet mit 5,35 Metern ihren höchsten Stand. Ab 4 Uhr morgens fiel dann das Wasser um einen bis zwei Zentimeter. Auch in Krosen und Fürstenberg sinkt der Wasserpegel langsam. In der letzten Nacht wurde bei dem Dorfe Reipzig mit den Vorbereitungen für einen Dammdurchbruch begonnen, da man eine Entlastung für das untere Stromgebiet für zweckmäßig hielt. Die Arbeiten, zu denen etwa 200 Einwohner der umliegenden Dörfer herbeigezogen wurden, dauerten fünf Stunden und wurden ohne Zwischenfall durchgeführt. Die Durchbruchsstelle wurde mit Faschinen und Sandfäden gesichert. Das Wasser schoß mit unheimlicher Gewalt in das Bruchgebiet. Neuerdings soll auch an einer anderen Stelle des Elbaug, bei Schwelb, der Damm in Gefahr sein.

Todesstrafe im Giftmordprozeß.

Angsburg, 7. November.

Im Giftmordprozeß gegen Frau Luhenburger wurde die Angeklagte zum Tode verurteilt. Wegen des fünfjährigen Verbrechens des versuchten Giftmordes wird die Angeklagte zu 12 Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren verurteilt. Die Angeklagte bricht zusammen und wird von zwei Beamten gehalten.

W. Soemann U. Wöhle
Unternehmer...

Er bückte sich zu dem Tischler hinab:
„He, Meister, he... he... sag er doch was! Wünschst er einen Schnaps? He? Den kann er gleich haben. Schau er her, die Flasche ist noch voll!“
Er bekam keine Antwort. Aber unentwegt machte er den Pfropfen der Flasche frei, nahm zuvörderst selbst einen tiefen Schluck und setzte dann den Feuertrank an die fahlen Lippen des Alten.
Doch der Tischlermeister trank nicht. Nur seine Brust hob sich weiter in schwerem Gestöhn.
„Was machen wir da?“ jagte Eisermann ratlos. „Hat etwa mein Junge den Meister so zugerichtet, dann muß er Prügel von mir haben, daß ihm die Schwarte knackt! Ich wußt's so, der Junge ist etwas närrisch!“
„Eisermann, jeder kriegt den Lohn, den er verdient!“
„Ach was, ein Lehrling darf die Hand nicht gegen seinen Meister aufheben. Wohin sollte das führen?“
„Lehrlinge sind kein Vieh, das man nach Belieben schlägt!“ sagte der Kunde.
„Ich hab meinen Lehrbuben auch mit dem Spanriemen verdrochen, wenn's nötig war, und es hat keinem von ihnen geschadet. Es sind alles tüchtige Männer geworden, und sie ziehen noch heute den Hut vor mir, wenn sie mich nur von weitem sehen!“
Der Schuhmacher war rechtschaffen ärgerlich; er guckte darum rasch noch einmal in den Flaschenhals.
„Es kommt auf die Art an, in der geschlagen wird!“ sagte der Kunde mit Nachdruck.
Diese Worte gaben Eisermann zu denken. Er hörte auf, zu widersprechen.
Der Kunde hatte inzwischen ein Gefäß gefunden, ging damit auf den Hof und pumpt Wasser hinein.
Damit kühlten sie Stirn und Wangen des leblos Daliegenden.
Es dauerte lange, aber allmählich kehrte doch das Leben in den Kreis zurück. Er schlug die Augen auf und stöhnte.

Eisermann fiel ein Stein vom Herzen.
„Da, Meister, nimm er erst mal 'nen Schluck, dann wird's schon besser gehen!“ rief er gemächlich.
Der Tischler trank gierig den Schnaps. Da er sich nicht ganz aufrichten konnte, hielt ihm Eisermann die Flasche mit beiden Händen. Als sie beinahe ausgetrunken war, setzte er sie ab.
„Nun, wie fühlt er sich, Meister. Ein guter Schnaps, Meister, was? Der belebt den Leib, nicht?“
Der Angeredete verzog schmerzzerfüllt sein Gesicht:
„Was ist denn mit mir los? Siehe hier mang die Späne. Au, da tut mir was weh! Au, au, die Beine, Schuster! Wer hat sich erlaubt, mir auf die Beine zu trampeln? Ist hier etwa die Straße? Ist mir ein Wagen über meinen sonst so standhaften Leib gefahren? Au, ich kann mich nicht rühren! Und erst mein Kopf, Schuster, mein armer Kopf!“
„Quängel er nicht. Er ist doch nicht auf der Straße, sondern hier in seiner Werkstatt!“
„In meiner Werkstatt?“
„Da, wo denn sonst?“
„Ist mir noch immer nicht erklärlich, Schuster.“
„Dann halt er mal eine Welle seinen Kopf schön still, Meister, gleich werden die Gedanken besser werden!“
Der Tischler tat es.
Der Kunde schaute sich inzwischen in der Werkstatt etwas um. Irgendwo raschelte es in dem Gerümpel, und der Mann suchte die Ursache des Geräusches festzustellen, indem er etliche Holzbocke zur Seite schob. Da guckte aus einem Winkel jaghaft der Kopf eines schmutzigen Käschens hervor. Der Kunde lockte das Tierchen, aber es blieb an seinem sicheren Ort und kam nicht hervor.
Inzwischen waren in dem alten Tischlermeister die Lebensgeister hell wach geworden. Schon das unflätige Fluchen bezeugte es.
„Wo ist dieser verfluchte Strolch, dieser Haberdack? Gnad ihm Gott, wenn ich ihn wieder unter die Fuchtel kriegel! Dieser Hundskot hat mir die ganze Arbeit verpsucht!“
Krederot war das Gesicht des schimpfenden Tischlers geworden.
Eisermann spürte, daß von Ludwig die Rede war. Auch der Kunde streifte ihn, wie es schien, mit einem vorwurfsvollen Blick.
„Von wem spricht er denn, Meister?“ fragte er leise.
„Von wem ich spreche? von wem denn anders als dem Strolch, seinem Sohn, seinem nichtsruhigen, der sich an mir

vergriffen hat. An mir, seinem Lehrherrn. Aber ich werd's ihm anstreichen, dem Halunken! Anzeigen werd' ich ihn. Das ist Aufruhr, das ist... das ist Rebellion! Das ist noch nie dagewesen. Zu meiner Zeit, da war noch Zucht! Da ließ man sich ruhig prügeln vom Lehrmeister und magte keinen Wuts! Aber heute! Die verrotzte, rechthaberliche Jugend! Pfui!“
Der alte Tischler war ganz außer Atem gekommen bei seinem Geschimpfe. Schaumiger Speichel stand ihm in den Mundwinkeln. Er suchte nach neuen Worten, seinen Zorn daran zu entzünden. Unfassbar komisch sah der alte Säuer aus in seiner randlosen Kut.
Der Kunde konnte nicht anders, er lachte dem Alten gerade ins Gesicht. Auch Eisermann war nahe daran, herauszuplätzen. Aber er ließ es bei einem verhaltenen Lächeln bewenden und zwang sich zur Sachlichkeit.
„Erklär' er uns doch, wie sich alles zugetragen hat, Meister!“
Mühselig erhob sich der Alte aus den Hohlspänen und stöhnte dazu in einem Fort.
„Der Lump hat mir jämliche Knochen zerbrochen, ha, das ist brutale Körperverletzung, wenn nicht noch mehr! Barte, Jüngelchen, wenn ich dich vor mich kriegel! Einen netten Burschen haben Sie da großgezogen, Schuster! Ein Frächtchen, ein verkommenes. Wenn ich das geacht hätte! Da stelle ich mich jahrelang hin und lehre dem Querkopf das Handwerk. Das ist nun der Dank davon! Ja, so ist es... au... au... Undank ist eben der Welt Lohn. Was passiert ist, wollen Sie wissen? Die Schranktüren da hat er zu kurz geschritten, der Puschel! Da wollt ich ihm eben einen Denzettel geben... au... weiter nichts! Und nun liegt der schöne Schrank im Dreck! Schauen Sie sich das mal an, Sie Vater eines Laugenichts, der seinen Lehrherrn verdrischt. Schauen Sie sich das ganz genau an, sage ich! Der Schrank ist ganz zerstoßen und verbeult. Auch das noch... auch das noch... und morgen sollte er geliefert werden. Mein Geld, meine ganze Kraft steckt darin... ach... ach... der Lausjunge, der elende, soll sofort herkommen, sofort sage ich, sonst...“
Drohend erhob das Gespens die zitternden Arme und wankte zur Hohlbank, mehr stolpernd, als gehend.
„Was, Ihr Geld und Ihre Kraft steckt in dem Schrank?“ fragte interessiert der Kunde. „Wie reimt sich denn das? Ich denke doch, Eisermanns Junge hat den Schrank gemacht?“
(Fortsetzung folgt.)

Neue Schleuse dringend not!

Alte Mählendammbrücke muß verschwinden!

Die Aufgabe der Reichswasserstraßenverwaltung in der Frage des Umbaus der Mählendamm-Schleuse wird in der Presse vielfach irrtümlich aufgefaßt, und wiederholt ist die Meinung vertreten worden, daß der Umbau der Schleuse am Mählendamm allein zu dem Zweck geplant sei, um den 1000-Tonnen-Schiffen die Durchfahrt durch Berlin zu ermöglichen. Demgegenüber wird vom Reichsverkehrsminister auf folgendes hingewiesen:

Der bauliche Zustand der bereits 1800 gebauten Schleuse und der Behranlage am Mählendamm erfordert dringend einen Neubau. Eintretende Störungen würden den gesamten Schiffsverkehr auf der Spree in Berlin, der im vergangenen Jahre den Mählendammstau in Höhe von 31.300 Fahrzeugen mit einer Ladung von über 3,25 Millionen Tonnen passierte, stilllegen. Ein Neubau an der Stelle der alten Schleuse ist jedoch ausgeschlossen, weil die Schiffsahrt während der mindestens vierjährigen Bauzeit nicht lahmgelegt werden kann und weil die Mählendammbrücke nur eine völlig unzureichende Durchfahrtsbreite von 3,30 bis 3,50 Meter Durchfahrtsbreite hat. Sie ist die einzige Berliner Spreebrücke mit so geringer Durchfahrtsbreite, also ein Verkehrshindernis, das unbedingt beseitigt werden muß.

Bei der Umgestaltung der Staustufe kommt die Stadtschleuse im Spreetunnel in Fortfall. Die beiden alten Schleusen sollen durch eine Doppelschleuse etwa 100 Meter oberhalb der Mählendammbrücke ersetzt werden, die eine anderthalbfache Leistungsfähigkeit der beiden alten Schleusen aufweisen wird. Damit werden auch die teilweise übermäßig langen Wartezeiten von teilweise 12 Stunden für die Schiffe vermindert. Die Kosten des Schleusenbaues, die vom Reich getragen werden, sind auf Grund der Projekte mit 12 Millionen veranschlagt, die bereits im Haushalt des Verkehrsministeriums für 1930 angegeben wurden. Im Zusammenhang mit diesem Schleusenbau muß durch die Stadt der Neubau der Mählendammbrücke erfolgen, wobei das Sparfahnengebäude fortfallen muß. Die vielumstrittene Frage des Ephraimischen Palais berührt die Reichswasserstraßenverwaltung nicht unmittelbar. Dieses Palais, das unter Denkmalschutz steht, wird vom preussischen Kultusminister geführt, der über die Erhaltung dieses historischen Gebäudes bereits Verhandlungen und Untersuchungen eingeleitet hat.

Sechstagerrennen.

24. Berliner Fahrt — Der erste Abend.

Und wieder hat Berlin sein Sechstagerrennen, fünfzehn Mannschaften kämpfen wieder um die Siegestrophen und nicht zuletzt um klingenden Lohn im Sportpalast. Es bietet sich das gewohnte, immer wieder geschilderte Bild. Gegenüber der Zielgeraden die Ruhetagen der Akteure, die Ruhetagen während der nicht neutralisierbaren Zeit.

Innenraum und Tribünen sind gut besetzt. Oben auf dem „Heuboden“ aber, auf dem zweiten Rang, gibt es weite Plätze. Auch ein Zeichen der Zeit! Bevor die Sechstagerrennen ihr Werk beginnen, steht ein Vorprogramm zur Erledigung. Im Malfahren behauptet sich Kantorowicz, im 100-Runden-Fahren Feder, während die Brüder Ridel gewinnen. Raun sind diese Wettbewerbe erledigt, tauchen schon die ersten Sechstagerfahrer auf. Einige Proberrunden und die Vorstellung der Herren der Bedale beginnt. Und nun ist das sachverständige Publikum ganz in seinem Element. Mehr oder minder schöne Begünstigungen empfangen die Fahrer. Dann endlich rückt das Heer der Photographen in Stellung: Aufnahme, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn, elf, zwölf, dreizehn, vierzehn, fünfzehn, sechzehn, siebzehn, achtzehn, neunzehn, zwanzig, einundzwanzig, zweiundzwanzig, dreiundzwanzig, vierundzwanzig, fünfundzwanzig, sechsundzwanzig, siebenundzwanzig, achtundzwanzig, neunundzwanzig, dreißig, einunddreißig, zweiunddreißig, dreiunddreißig, vierunddreißig, fünfunddreißig, sechsunddreißig, siebenunddreißig, achtunddreißig, neununddreißig, vierzig, einundvierzig, zweiundvierzig, dreiundvierzig, vierundvierzig, fünfundvierzig, sechsundvierzig, siebenundvierzig, achtundvierzig, neunundvierzig, fünfzig, einundfünfzig, zweiundfünfzig, dreiundfünfzig, vierundfünfzig, fünfundfünfzig, sechsundfünfzig, siebenundfünfzig, achtundfünfzig, neunundfünfzig, sechzig, einundsechzig, zweiundsechzig, dreiundsechzig, vierundsechzig, fünfundsechzig, sechsundsechzig, siebenundsechzig, achtundsechzig, neunundsechzig, siebenzig, einundsiebzig, zweiundsiebzig, dreiundsiebzig, vierundsiebzig, fünfundsiebzig, sechsundsiebzig, siebenundsiebzig, achtundsiebzig, neunundsiebzig, achtzig, einundachtzig, zweiundachtzig, dreiundachtzig, vierundachtzig, fünfundachtzig, sechsundachtzig, siebenundachtzig, achtundachtzig, neunundachtzig, neunzig, einundneunzig, zweiundneunzig, dreiundneunzig, vierundneunzig, fünfundneunzig, sechsundneunzig, siebenundneunzig, achtundneunzig, neunundneunzig, hundert, einundhundert, zweiundhundert, dreiundhundert, vierundhundert, fünfundhundert, sechsundhundert, siebenundhundert, achtundhundert, neunundhundert, tausend.

Der „Extrasport“ des Marineklubs

Regierungsrat Dr. Lübben zu neun Monaten Gefängnis verurteilt

Es war ein niederdrückendes Bild, das die gefristete Verhandlung gegen den Regierungsrat Dr. Lübben bot. Ueber den Angeklagten selbst noch Worte zu verlieren, wäre überflüssig. Man hat es hier mit einer schwer pathologischen Persönlichkeit zu tun. Anscheinend unfähig, seinem Triebleben die sozial notwendigen Hemmungen entgegenzusetzen, ist er sich selbst und seiner Umgebung zum Verhängnis geworden.

Ueber die Entwicklung des Dr. Lübben, über sein Geschick, Leben und seine persönlichen Verhältnisse erfährt man ja überhaupt nichts. Er blieb bis zuletzt dabei, augenblicklich nicht in der Lage zu sein, über sich im Zusammenhange zu erzählen.

Unfassbar bleibt, daß diese kräftigen jungen Leute im Alter von 18—20 Jahren monatlich gleich kleinen Schulbuben die maßlosen Züchtigungen über sich haben ergehen lassen. Es hatte manchmal beinahe den Anschein, als hätten viele von ihnen das Ganze ohne besonderes inneres Widerstreben mitgemacht. Nicht nur, daß sie als Objekte der Züchtigungen dienten; sie halfen ihrem „Kapitän“, ihre Kameraden zu züchtigen und prügeln auch einander. Im Jargon des deutschen Marineklubmens hieß das „rollen“. Es hatte sich hier überhaupt ein besonderer Jargon herausgebildet. Statt rollen sagte man auch „einholen“. Wenn jemand „dran“ war, bezeichnete man das auch als „fällig“. Das Ganze trug die Bezeichnung „Extrasport“. Sollte jemand von den Kameraden „gerollt“ werden, so wurde ein besonderes Rollkommando bestimmt. Den Begriff Rollkommando — von den Heimwehrprozeduren her ja ganz besonders geläufig — kannte man übrigens auch bei dem Juag. Wiking, dessen Wilmersdorfer Führer eben derselbe Dr. Lübben war. Auch hier gab es Verhüllungen!

Beim „Marineklub“ begnügte man sich nicht mit „Schultheißen“. Die gebräuchlichste Methode war Schlägen mit dreilantigen Riemen, während das Opfer, den Kopf zwischen den Anlen des Kapitäns eingeklemmt, bis hundertmal Anlebung machen mußte. Das Prügeln mit dem Tauende, behauptete der Angeklagte, gefiel auch bei anderen Nachtläusen als die beste Erziehungsmethode. Dr. Lübben ließ aber seine jungen Leute selbst an die Bäume binden und sie dann verprügeln.

Bis zur Besinnungslosigkeit wurde gezecht!

Man unternimmt auch Bootspartien, arrangiert Klubabende, an denen bis zur Besinnungslosigkeit gezecht wird, im trunkenen Zustande kommt es dann zu den verschiedensten, auch sexuellen Exzessen. Ein Beispiel statt vieler: Ein junger Burche wird von seinem Freund in einen der Klubabende eingeführt. Auf dem Nachhauseweg, im Grunewald, richtet Dr. Lübben an den jungen Menschen ganz unerwartet die Frage: „Wißt Du Kommunist werden?“ Im nächsten Augenblick schon erhält er einen Schlag ins Gesicht; die Frage wird wiederholt, es folgt die Drohung, ihm mit dem Messer den Hals durchzuschneiden, dann wird der Burche von dem Kapitän und den Kameraden fast bis zur Bewußtlosigkeit durchgeprügelt. Zum Abschluß der Drohung: „Bist Du nicht zum nächsten Klubabend da, so findet man dich im Chausseegraben.“ Auch ein Papier zur Unterschrift wird dem jungen Menschen vorgelegt. Darin heißt es: „Ich bin geständig, die Briefschaften des Dr. Lübben gestohlen zu haben.“ Auch andere junge Leute erzählten vor Gericht, Dr. Lübben habe ihnen Geld zugestekt und ihnen hinterher gedroht, er werde sie wegen Erpressung anzeigen.

Schließlich bildeten sich zwei feindliche Parteien und einer der Jungen erstattete gegen den früheren „Kapitän“ Anzeige. Plötzlich ging allen ein Licht auf. Dr. Lübben soll aber gesagt haben: „Wenn es darauf ankommt, so merdet ihr vor Gericht auch einen Meinelb leisten.“ Man merkte sich: Dr. Lübben ist Stahlschmelzmänn, der Deutsche Marineklub segelte unter „nationaler“ Flagge.

Der Sachverständige Dr. Mahrenholz wollte dem Regierungsrat Dr. Lübben unter keinen Umständen den § 51 zubilligen. Der Staatsanwalt beantragte wegen fortgesetzter gefährlicher Körperverletzung und Sittlichkeitsverbrechen aus den §§ 174 und 175 eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten. Auch das Gericht hielt diese Strafe für angemessen.

Der nicht erkannte Schädelbruch.

Oberflächliche Untersuchung eines Erkrankten?

Seit Bestehen der „50-Pfennig-Verordnung“ hat der „Vorwärts“ wiederholt gegen die folgen schwere, namentlich die minderbemittelte Arbeiterschaft treffende Maßnahme energisch Front gemacht. Zahlreiche Zuschriften sprachen von den schlimmen Auswirkungen der Verordnung. Nachstehend geben wir jedoch einen Fall bekannt, der von einigen Berliner Blättern zu Unrecht der Notverordnung zur Last gelegt wird.

Am 7. Oktober erschien auf der Dristrantentasse in Neutal der arbeitslose Mechaniker Franz Schou. Sch. legte dem Schalterbeamten eine Bescheinigung der Rettungsstelle des Urban-Krankenhaus vor, aus der hervorging, daß der Kranke wegen einer Verletzung der linken Gesichtshälfte, die er sich bei einem Sturz zugezogen hatte, behandelt worden sei. Der Mann klagte über heftige Schmerzen und forderte einen Krankenschein für die Aufnahme in ein Krankenhaus u. s. w. Da der Schalterbeamte auf Grund des harmlos erscheinenden Attestes eine Krankenhausbehandlung nicht für notwendig hielt, wies er den Antragsteller ab. Schou hatte am gleichen Tage aber auch noch die Rettungsstelle des Bethanien-

Krankenhaus aufgesucht, wo er lediglich verbunden wurde. Der Krankenschein wurde hier als „Hautabschürfungen im Gesicht und Comotioverbaeh“ festgestellt. Am folgenden Tage, am 8. Oktober, suchte der Kranke, dessen Zustand sich inzwischen verschlimmert hatte, den Kassenarzt Dr. Krüger auf. Nach eingehender Untersuchung stellte der Arzt überraschend fest, daß Schou bei seinem Sturz auf der Straße eine Gehirnerschütterung erlitten hatte und daß sogar Verdacht auf leichten Schädelbruch bestand. Der Arzt stellte dem Patienten eine Bescheinigung aus, daß seine sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus notwendig sei. Nach am selben Tage wurde darauf der bedauernswerte Mensch selbstverständlich durch die Kasse in das Budower Krankenhaus überwiesen. Der Aufenthalt, der zunächst nur bis zum 28. Oktober bemessen war, ist von der Kasse, da eine völlige Genesung des Mannes noch nicht erfolgt war, sofort ohne weiteres verlängert worden.

Mit der „50-Pfennig-Verordnung“ hat, wie man sieht, dieser Fall nichts zu tun.

Kirchenvorsteher können jeden Dienstagabend von 18 bis 19 Uhr im Kreisbüro der Neutaliner Sozialdemokratie, Ideal-Postgasse, Friedrichstraße 55/56, unter Vorzeigung einer Legitimation (Invaliden- oder Steuerkarte) gegen eine Gebühr von 2 Mark vollzogen werden.

Wohin gehen wir heute?

Sonnabend, 8. 11.
Staats-Oper
Unter d. Linden
A-V. 8
20 Uhr
Madame Butterfly
Ende 22 1/2 Uhr

Sonnabend, 8. 11.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus III
20 Uhr
Simone Boccanera
Ende 22 1/4 Uhr

Staats-Oper
Am Platz der Republik
88. R.-S.
20 Uhr
Rigoletto
Ende 22 1/2 Uhr

Staatl. Schausp.
Im Gendarmenmarkt
60. A-V.
20 Uhr
Geschichte Gottfriedens
von der eiserne Hand

Staatl. Schiller-Theater, Charitfbg.
20 Uhr
NORA.
Ende gegen 23 Uhr

Volksbühne
Theater am Willemsplatz
8 Uhr
Uraufführung
Die Matrosen
von Cattaro

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Nora

Winter Garten
8.15 Uhr — Ruden eriebt
24 Tellerettes, Carr's u. Betty
Das Tonphänomen Linder
Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen
4 und 8 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

Theater i. d. Behrenstr. 53-54
Direktion: Ralph Arthur Roberts
Das hässliche Mädchen
Englisch — Roberts — Janson.

Familien-Nachmittage
ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Straße 132
Billettkasse für den Vorverkauf: Alexander 3422 und 3424
HEUTE 4.15 Uhr

Peterchen Mondfabri
Das entzückende
Weltwachtmarchen
(Preise von 30 Pf. bis 1.50 M.)
Wochentags 8 1/2 Uhr
Sonnabends 7 u. 10 1/2 Uhr
„Ja der Johannsnacht“
Sonntag, den 9. November
2 u. 6 Uhr
einmalige Mittagsteler
Ludwig Hardt
und Erstaufführung
„Der Ackermann und der Tod“
7.45 und 9 Uhr
Im der Johannsnacht.

Theater am Schillbouer damm
Täglich 8 1/2 Uhr
Die
Dreigroschenoper
v. n. Brecht und Weill.
Preise 1.- bis 12.- M.
Dienstag, 11. Nov.
11 1/2 Uhr nachts
Wir sind Kameraden
von Peter Martin Lampel.

Deutsches Künstler-Theat.
Barber 3937. 8 1/2 Uhr
Jim und Jill
Gertr. Mischkin, Harold
Paulsen.
3.30 Stg. ungek. Vorstg.
Jim und Jill
Originalbes.
halbe Preise.

Renaissance-Theater
Steinplatz 6780
8 1/2 Uhr
Voruntersuchung
von Max Absberg
und O. E. Hesse
3.30 Stg. ungek. Vorstg.
Originalbes. halbe Preise

Kleines Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr
Loni Lenx in
meine Schwester
und ich
nach Verneil von Elm.
Musik von Benzhl.

Komische Oper
8 1/2 Uhr
Das Mädel
am Steuer
Operette v. Gilbert

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
Im weissen Rössl
Premiere:
Heute 7 1/2 Uhr präzise.
Singspiel nach Blumenthal und Kadelburg
von Hans Müller, Musik von Ralph Benatzky
Musik. Einst. Robert Stolz. Gesangstexte Robert Gilbert.
Camilla Spiro, Max Hansen, Trude Lieske,
Otto Wallburg, Siegf. Arno, Walter Jankuhn,
Paul Hörbiger, Käthe Lenz, Willi Schaeffers,
Winkelstern, Desni, Gusti Gstettenbauer.
und das grosse Ensemble.
Gesangstexte, Prof. Stern, Mus. Lit. Ernst Hauke.
Regie: Erik Charell

Barnowsky-Bühnen
Theater im
der Stresemannstr.
Täglich 8 1/2 Uhr
Sturm im
Wasserglas
Komödie von Frank.

Reichshallen-Theater
Mittwoch 8 1/2 Uhr
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr
Stettiner Sänger
Zum So-108
Pepita vor Gericht!
Nachm. halbe Preise
Obnhoff-Brettl!
10 große Nummern
Konzert + Tanz.

Elite-Sänger
Kottbuser Str. 6
P. 8. Oberb. 6079
Tägl. 8 1/2 Uhr, auch
Sonntag 3 1/2 Uhr
Die Reise des Komar:
„Wir laden uns kaputt“
mit
Lotte Werk-
meister
Musik von
Will Ross,
Willi Kall
und
Sigwart Dittich.
Tagest. 11-2. Abend, ab 8

Central-Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonnt. auch 3 1/2 Uhr
Eine Freundin
so goldig wie Du
Operette v. Meisel.
Vor. für Parkett
statt 4.- M. nur
gültig vom 8. bis 11. Nov.
Sonntags 3 Uhr
Rotkäppchen

Neues Theater
am Zoo
Am Bahnh. Zoo, Stpl. 6554
Täglich 8 1/2 Uhr
Nur noch 3 Tage!
Max Adalbert
in
Hasenklein
Sonnabends 4 Uhr
Sonntags 3 1/2 Uhr
Knecht Rupprecht: Fahrt
in Märchenland.

Universum
Kurfürstendamm 153-154, Am Lahniner Pl. Brab. 240-2402

Ein Volksstück
mit Musik und Tanz
mit Eise Eister, Arthur Neill
Produktion: Alfred Zeisler
Gesangstexte u. Musik: Willi Kollo
Musikalische Leitung: Willi Schmidt-Gentner u. Hans J. Sailer
Regie: Johannes Meyer
UFA-TONFILM
Im Vorprogramm: Ufa-Ton-Woche
und der Ufa-Ton-Kulturfilm
Schneeschuhspott im Sommer
Wochentags: 7, 9 1/2
Sonntag: 5, 7, 9 1/2

Theat. d. Westens
8 1/2 Uhr
Lampel'sche Komödie
Finden Sie, daß
Constance sich
richtig verhält?

Rose-Theater
Gr. Frankfurter Str. 132
Tel. Alex. 3422 u. 3494
4.15 Uhr:
Peterchens
Mondfabri
7 Uhr und 10.15 Uhr:
In der
Johannisnacht!

Berliner Theater
Dönh. 628, 626.
149 Uhr
Sektion
Rahnsteifen
Ein Gegenwartsstück von
Curt Cornith.

Lessing-Theat.
8 Uhr
Ein
Sommernachts-
traum
Regie: Max Reinhardt

Rennen zu Hoppegarten
Sonnabend, 8. November
nachmittags 1 1/2 Uhr.

SCALA
Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr — 25 Bars, 8256
Tägl. 1.-6 M. — Nachm. halbe Preise
Rastelli's
neuer Fuß-
ball - Akt
Carlo Medini-
Truppe usw.

PLAZA
Tägl. 5 u. 8 1/2
Sonnt. 2, 5 u. 8 1/2
Alex. E. 4 8066
1. Vorstellung 30 Pf. bis 1 M.
II. und III. Vorst. 1 bis 2 M.
AFRA, UESSEMS,
KOHLBRANDT usw.

CASINO-THEATER
Lohreiter Straße 37.
Nur im Monat November
die entzückende Komödie
Arm wie eine Kirchenmaus
Gutschlein 1.-4. Pers. Faurell 1.25 M.
Sessel 1.75 M. — Sonntags Preise:
Parkett 76, Rang 60 Pf.

Lustspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Kurt Götz
in
Hokuspokus

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2
sowie Sonntag 4 u. 8 1/2 Uhr
Sensationsvoller
Operettenerfolg:
Viktoria
und ihr Husar

Siegfried von der Trenck: Gefangener

Drei Jahre auf der Brücke — gut.
Drei Jahre in kalter Zelle — wohl.
Drei Jahre Hunger, Unfreiheit, Schmutz, Ungerechtigkeit,
Empörung, Entzogen.
Drei Jahre kein Mädchen, Wahnsinn.

Die Wochen vor der Tat: Kampf, Verzweiflung, Gemissen.
Hohn, Auslacht, Angst, Plänen, Aufgeben, Arbeitsfuge, Bürgerhaß,
Bürgersehnsucht.

Zufall bringt Entscheidung.
Rartheit. Man versteht. Gefaßt, verschleppt, verhört, überführt,
verurteilt.

Blind schicksalwütig hineingetaucht. Was macht schon Un-
freiheit — man hat Obdach. Was macht schon Hunger — man ver-
hungert nicht. Was macht schon Bitterkeit? Welt war Bitterkeit auch so.
Ehrlosigkeit? Ehre ist Phrasen. Bin, der ich bin, bleibe, der ich
bleibe. Nicht schlechter als ihr, nicht unglücklicher. Welt ist Zucht-
haus. Ordnung Mauer, Gesetz Gitter, Armut Peitsche.

Freiheit, Lebenstempel Lüge. Die anderen haben die Vorgabe.
Bestochene Schiedsrichter rechnen sie nicht an. Rob brüll, wenn du
zu Boden fällst. Zählst dich aus, geht laufen.

Das alles war nichts. Schien nichts.
Wie hing dein Herz an Ordnung, an Recht. Besitz der anderen
war Diebstahl, Aufruhr Muttermilk, Verachtung, Selbstverachtung,
Lebensverachtung, Würde Kinderpiel.
Kannst keinen Führer. Wollst keinen Führer. Littest keinen
Führer.

Warst Tiger im Dschungel. Rein, nicht Tiger, keines Tier im
Dschungel. Ichneumon, Schlange, Maus, Rardet, alles in eins.
Zufall, daß du dich nicht längst vergriffst. Kein Verdienst von
dir, kein Verdienst von den anderen. Pfaffen, Lehrer, Bonzen —
alle Räuber, Betrüger. Hielt dich nichts zurück als Zufall.
Oder als Trieb.
Als Ahnung.
Ahnung, die das Schrecklichste nicht ahnte.

Warst nie unglücklich, eigentlich. Hattest Muskeln, hattest
Wachstum, hattest Augen und Ohren auf.
Schlugst um dich. Schlugst dich durch.
Wardst Zeuger. Dagegen verging alles.
Arm, Brust, Schoß war himmelreich in Hölle. Hölle verjagt,
Himmel blühte auf. Warst Gott.

Das Mädchen auch trieb dich zur Tat.

Wo bleibt sie?
Wollte sie kommen? Durfte sie kommen? Und wenn: hatte
es Sinn?
Konnte man hier umarmen? Durfte umarmen?

Das wurde langsam Kar. Ganz langsam, wie die Balge über
neu geglättete Pflaster fährt, wie ein Rißperd sich dahinwälzt im
Schlamm, wie die Nacht gegen den Mittag rückt, Wahnsinn den
Verstand überdunkelt.

Ganz langsam. Niemand hatte dir das gesagt. Daran hattest
du nicht gedacht.

Kannst nicht Entbehrung.
Kannst nicht Hemmung.
Warst reif geworden, hattest gesucht, gefunden, gegeben,
genommen.

Befinnungslos. Ohne Nachdenken, ohne Dank.
Wie begriffen, daß du darum allein ein Herrschender warst, mehr
als die Herrschenden, ein Befehlender, mehr als die Befehlenden, ein
König, mehr als die Könige.

Die alle wurden gehemmt. Als Kinder verdorren. Als
Jünglinge in Sumpfen der Einsamkeit gejagt, von Wägen der
Finsternis zerfetzt, zerkrallt.

Ihr hattet Freiheit. Ihr braudtet sie.
Warst Gott.

Langsam, ganz langsam kommt Bewußtsein, Erinnerung, Furcht.

Ein Tag. Du siehst dich in der Zelle um. Broderst die
Brücke. Fluchst über das Essen.

Noch kannst du es herunterwürgen, denn noch sind die Wände
loer. Noch redest du Aufruhr um Lohn, um Essen, Bewegung. Nach
hat dich das Tier nicht gepackt. Achtzehn Jahre können einmal
warten.

Stehst du den Wärter an. Fällt dir nicht auf, daß er einen
Ring trägt, daß er, Direktoren, Beamte, Klerge in diesem Hause
eine Frau haben. Oder ausgehen, sich eine huchen.

Spricht mit dem Wärter. Du fluchst, er flucht. Er begütigt,
du begütigt. Schließlich muß man reden.

Noch ist die auch ein Mann ein Mensch.
Schneid dich höchstens nach der Zigarette.

Denk, die Mädchen kommen nach.
Hät sie dich ins Unglück getrieben, mag sie laufen. Drei Jahre
werden vergehen.

Barocktest Klerge, Pfaffen, Direktoren, hältst sie hoch noch für
Menschen. Nicht für Drachen. Nicht für Teufel. Für Götterwörter.

Früht dich irgendwie gefaßt, wie einer, den der Gamm-
krüppel traf. Denkt es wird besser. Ahnst noch nicht den Krüppel
in dir.

Heißt sogar. Spitzt nach den Mund. Beißt.

Es ist zwar verboten. Aber wer hört.

Naher dem Essen kommt dich ja doch keiner besuchen. Und was
können sie dir schon tun.

Zweiter Tag. Dritter Tag.

Freiheit ist schon vergessen. Brücke wird weid.

Arbeit ist vergessen. Ruhe tut gut.

Einsamkeit ist vergessen. Was liegt an Menschen.

Kameraden waren Streber oder mochten es ebenso wie du.

Kanste traf es, manche hatten Glück. Regte keiner die Hand für
dich, du nicht für ihn.

Trankt zusammen, schlägt zusammen auf den Tisch, jöhlet zu-
sammen, trennet auch, gingt zum Mädchen.

Zum Mädchen. Ho. Wo sie nur bleibt?

Woh sehen. Wann wardit du eingekerkert? Montag.

Untersuchungsgehalt war die eripart. Sofortige Verhaftung nach
dem Urteil auch. Die Gefängnisse waren voll. Du warst gefänglich.
Rißt aus Verdienst, denn es war nichts zu verdienen.

Immerhin gab man dir Galtgenfrist.

Schwar sie Sonntag noch Treue? Wo bleibt sie?

Wißst die Gedanken fort. Ueberstiebst die Zelle. Denkst an dein
Leben.

Noch kannst du anderes denken.

Mittwoch und Sonntag wart ihr zusammen.

Vierter Tag.

Kennst die Zelle auswendig.

Dein Leben auch.

War das Leben von Millionen.

Stand im voraus fest.

Kennst es auch, wenn du nicht gelebt hättest.

Hast es bei anderen gesehen.

Kennst es auch, wenn du es bei keinem gesehen hättest.

Kann nicht anders sein.

Unten ist unten.

Kehrt man es um, wird oben unten.

Die meisten sind immer unten.

Das Fundament muß am breitesten sein.

Dafür ruht es auch an der Erde.

Verdunkelt nicht im Geist.

Ist nicht dünn, schwach, Hirnwesen.

Ist Kraft, Blut.

Blut fängt an zu rollen.

Weißt, nicht warum.

Rollt durch den fünften Tag, den sechsten.

Freierabend.

Sonnabend.

Jetzt war die Sklaverei zu Ende.

Jetzt kam das Leben.

Jetzt warst du Mensch — Mann.

Blut braust.

Hämmert gegen die Schläfen.

Pufft in den Adern.

Sticht wie Ameisen.

Beginnt schneller auf und ab zu gehen.

Stehst, fäßt die Wand an, stößt dich ab, gehst zur Gegenwand,
suchst nach etwas.

Wonach?

Gedanken sind träge. Worte auch. Warst kein Redner. Kein
Denker.

War alles schwer in dir, stumm und voll Blut.

Warst kein Mädchenheld. Fandest nach ersten Wirren eine, eine
andere, die dritte.

Jede ein Jahr.

Diese sollte bleiben.

Fünfzehnmal vier Ecken sind sechzig. Zwei Monate. Achtzehn-
mal zwei Monate sind drei Jahre.

Paul J. Schmidt:

Kunstjammeln einst und jetzt

Die Geschichte des Kunstjammeln ist insofern von großer Be-
deutung für die Soziologie, als sie ein getreues Spiegelbild des
gesellschaftlichen Schichtwechsels darstellt. Sammler war zu
allen Zeiten nur die herrschende Klasse, und die Künstler schufen
ihre Werke nahezu ausschließlich für diese, bis zum heutigen Tag.
Mit einem Kolonialskandal ersten Ranges setzte die Geschichte
ein, mit dem Staatsprozeß gegen den römischen Blutsauger Verres
und den bekannten Reden, die Cicero als Advokat gegen ihn ge-
halten hat. Kunstjammeln war für vornehme Römer ein sehr
billiger Sport: sie requirierten unentgeltlich alles, was ihnen in
den unterstellten Provinzen gefiel. Verres, der Skizzen wirklich
ausplünderte, war beiseite nicht der einzige Fall; er geriet nur in
so bösen Geruch, weil ein tüchtiger Rechtsanwalt seine Taten an die
große Glorie hing, um sich einen Namen zu machen.

Die katholische Kirche, Erbin Roms, zog in universellem Geiste
alles künstlerische Gut an sich; man muß sie die größte Kunst-
jammlerin aller Zeiten nennen, wenn auch in mehr passivem Sinn.
Fromme Stiftungen füllten ihre Klöster und Dome mit dem kost-
barsten Kunstgut, und noch heute zeugen manche Kirchen mit einem
kleinen erhaltenen Rest von ihrem einstigen unvorstellbaren
Reichtum.

In der Renaissance wurde die Hierarchie als Herrscherin der
Seelen und Leiber von den Fürsten abgelöst, die sich nun privatim
ihre „Kunstjammern“ einrichteten. Es waren meist seltsame Trödel-
lager voller naturhistorischer, technischer und kunstgewerblicher
Raritäten, eine reine Depotengelogenheit; die große Kunst blühte
mittlerweile dem Brundbedürfnis von Kirche und Fürsten mit
gewaltigen Architekturen, Fresken und Dekorationen.

Erst im 18. Jahrhundert kristallisierten sich aus den Kuriositäten-
kammern bei einigen einsichtsvollen Fürstlichkeiten echte Kunst-
sammlungen heraus. Es waren immer noch trasse Privatsammlungen
der großen Herren; sie zu beschäftigen wurde nur ausnahmsweise auf
dem Gnadenwege gestattet. Aber sie waren oft so bedeutend, daß
im 19. Jahrhundert daraus ohne weiteres sich die vom Staat über-
nommenen Museen herausbilden konnten.

Mit der Französischen Revolution trat das Bürgertum als be-
stimmender Wirtschaftsfaktor und Geschichtsfaktor in Erscheinung und
bemächtigte sich auch zugleich der Kunst, die in dieser Epoche immer
bürgerlicher wird. Höhepunkt: die extrem bürgerliche Malerei der
französischen Impressionisten. Bis zum Weltkrieg nahmen die
Sammlungen von Kapitalisten enorm zu; sie zeigen sich oft künst-
lerisch radikal bis zur äußersten Konsequenz.

Weltkrieg und Inflation stellten alles in Frage, viele Samm-
lungen wurden verauktioniert und in alle Winde verstreut, große
Sammler scheiterten es nur mehr in Frankreich und vor allem in
Amerika zu geben, wo der Kapitalismus noch unangestastet herrscht.
Es entsteht aber eine neue Käuferklasse im vierten Stande, die
deutlich dessen Aufstieg zur Macht symbolisiert; denn nur wer
herrscht, hat ja in Wahrheit die Verfügung über Kunst. Flagranter
Zeichen eines neuen Geistes sind die Kunstläufe auf langfristige
Ratenzahlung, die vor allem von der Deutschen Kunst-
gemeinschaft organisiert werden und einem ganz neuen
Käufer- und Sammlerkreis gelten, dem unbemittelten Arbeiter- und
Angestellten, der Kunstwerke nicht als Anlage- und Spekulationsobjekt

Sowelt alles ganz gut.
Wo bleibt das Mädchen?

Wochen waren vorüber. Monate waren vorüber. Umherrennen
war vorüber. Schreiben war vorüber. Fäuste an die Wand war
vorüber. Kopf an die Trallen war vorüber. Hüchen, Heulen,
Weinen, Krüllen war vorüber. Losen und Toben, Kuffogen und
Getrümmebliegen.

Wärter fragen, Arzt fragen, Geistlichen fragen, Diöktor fragen
war vorüber.

Dumme Antworten, grobe Antworten, mißbeislose Antworten,
mißbeisige Antworten waren vorüber.

Gesetz entzog Freiheit. Wo stand, daß es auch Liebe entzog?

Gesetz befaß Gesundheitsfürsorge, wo stand, daß man dich ver-
giften darf?

Säfte brannien, glühien, stockten, frohen, eierten.

Leib ward mild, ward lahm.

Traum schlug Kopf und Brücke blutig.

Schlafmandel ketterte Bände hoch.

Loßsucht schrie nach Zwangsjacke.

Zelle bevölkerten Traumädchen, eins, zwei, hundert, zärtlich,
rein, schamlos, nackt, verkommen, verwirrt. Träume brachen aus
Nacht in den Tag, umstanden dich rechts und links, umlagerten dich
oben und unten.

Vampyr Entbehrung saugte Lebenskraft.

Essen ward Gift, Lust ward Gift, Sprache ward Gift. Nicht ward
Gift. Schlaf ward Nord, Waschen ward Nord.

Freiheit ward lächerlich, Besitz ward lächerlich. Essen, Trinken,
Ruhe, Dienen, Sklaverei, Vernichtung ward lächerlich.

Nur Liebe!

Zeugen ward lächerlich. Nur Zärtlichkeit! Nur berühren. Am
in Augen sehen. Nur Haare streicheln. Nur Worte hören.

Aber allein. Zärtlich, weitverloren, nicht leere Worte im Be-
suchzimmer, bis sie ausblieb, von Grauen geschüttelt vor seiner
Verwüstung, wirren Blick, verirrten Reden.

Auf die Straße stürzte. Berging.

Wärter wurde angegriffen, gewürgt, besudelt. Hoff verfehrt.

Arzt gab Schlafmittel. Blutführungsmittel. Blutentziehung.

Leere Worte. Ging zur Geliebten.

Direktor sprach von Ordnung und Unmöglichkeit.

Geistlicher tröstete mit Märtyrern.

Wahn packte Leib, Geist, Seele.

Führte er Frauenhaare in sein Hirn wachsen und darin herum-
schneiden.

Waren heute Arme gelähmt, morgen Beine, übermorgen Ohren
laub, nächsten Tag Augen blind.

Burden Träume greifbar. Redeten, umarmten.

Nieb er Wern an Gittern, Seitentoren, Öffnen, konnte sie nicht
zerfchneiden.

Schwermütig, stumm, holdäugig, lebensmatt, gezeichnet, Greis —
so ging er mit einundzwanzig Jahren hinaus, Früh einer Ordnung,
die Gottesdiener, Klerge, Beamte hinsetzt, um Gott, Natur, Welt-
ordnung zu lästern.

Bücher schrieben: es läßt sich nicht durchführen.

Auch Klerge schrieben das.

Kein Blick fuhr vom Himmel und entannante sie.

Warum ist die 13 eine Unglückszahl?

Doch sie das in den Augen vieler an alten Aberglauben hän-
gender Menschen ist, daran besteht ja kein Zweifel, am 13. eines
Monats beginnen sie kein wichtiges Geschäft, unternehmen keine
Reise, sie wohnen in keinem Hause, das die Straßennummer 13
trägt, betreten kein Zimmer und dergleichen mehr. Viele große
Hotels tragen diesem Umstande Rechnung, indem sie in ihren
Zimmernummern die 13 fehlen und auf 12 gleich 14 oder 12a und
dann 14 folgen lassen. Woher mag dieser Glaube, der mit einer
unerschütterlichen Zahl Unheil verbindet, wohl rühren?

Nun, wie alle derartigen Dinge ist dieser Glaube uralte. Schon
bei den primitivsten (einfachsten) Menschen und Völkern, bei denen
sich ein Bedürfnis nach einer Zeitregelung geltend machte, übernahm
der Mond mit seinen wechselnden Lichtgestalten die Rolle des Zeit-
reglers, und daher finden wir, daß alle ursprünglichen Kalender
Mondkalender sind. Die 12 Mondmonate füllten aber das Sonnen-
jahr nicht aus, und es mußte sehr bald eine Verschiebung der Mo-
nate zu den gewohnten landwirtschaftlichen Verrichtungen eintreten,
die sich ja nach dem Lauf der Sonne richten mußten. War diese
Verschiebung so weit fortgeschritten, daß z. B. die Ernte im ge-
wöhnlichen Erdemonat nicht reif wurde, so wurde eben ein zweiter
Erdemonat, ein 13. Monat, eingeschoben. Später wurde das in
ein System gebracht, wie z. B. der jüdische Kalender noch heute in
einem Julius von 19 Jahren sieben Jahre mit einem 13. Schalt-
monat hat. Anfangs aber geschahen solche Einschaltungen scheinlich
ganz unregelmäßig je nach Bedürfnis, und es ist verständlich, daß sie
jedemal Unbehagen verursachten und solche Schaltzeiten in den
Kuf von Unheilzeiten kamen. So ist denn allmählich die arme
13 zur Unglückszahl geworden.

Ägypten ist mit seinen 692 000 Quadratkilometern mehr als
doppelt so groß als Deutschland und zählt nur 14 Millionen Ein-
wohner gegen 63 Millionen in Deutschland. Auf den Quadratki-
lometer kommen demnach in Ägypten kaum 15 Einwohner. Auf die
eigentliche Kulturlände, die Oase, die nur 35 000 Quadratkilometer
(= Ostpreußen) groß ist, kommen dagegen 400 Einwohner auf den
Quadratkilometer, und zwar in Unterägypten (400) dichter bevölkert
als Oberägypten (300). In einzelnen Provinzen, wie Memphisch,
steigt die Bevölkerungsdichte sogar auf nahezu 700. Hingegen gibt
es im ägyptischen Sudan Provinzen, in denen nicht einmal ein
Einwohner auf dem Quadratkilometer wohnt, so Berber (0,6), Don-
gola (0,5) und Haffa (0,1), d. h. in diesen drei Provinzen kommen
auf 10 Quadratkilometer 6 bzw. 5 bzw. 1 Einwohner.

Das größte Bauwerk Deutschlands ist das Mannheimer Schloß,
das eine Fläche von sechs Hektar bedeckt. Es wurde in den Jahren
1720 bis 1760 erbaut.

Parlamentsabläse. Ein Mitglied des amerikanischen Kongresses
erhält 10 000 Dollar Jahresentschädigung, monatlich also 3500 Mark;
ein Mitglied des Deutschen Reichstags erhält monatlich 619 Mark.

Verleumdung. In dem Artikel „Einlaßt Lewis“ (Nr. 521) sind
zwei Irrtümer enthalten. Der Romanhistoriker Dreiser heißt nicht
Arthur, sondern Theodor, und statt Danylohn muß es Deyfou
heßen.

Sensationeller Baukostensturz.

Bauunternehmer machen plötzlich um 30 Proz. billigere Angebote.

Ein sensationelles Ergebnis brachte die öffentliche Ausschreibung einer großen Frankfurter Wohnungsbau-Gesellschaft, die von der Stadt Frankfurt a. M. kontrolliert wird. Die Gesellschaft hatte zu Ostern den ersten Abschnitt einer Großsiedlung mit rund 500 Kleinst- und Kleinwohnungen zur öffentlichen Konkurrenz ausgeschrieben. Damals forderten die beteiligten Baufirmen ziemlich übereinstimmend einen Preis von 37 M. je Kubikmeter umbauten Raumes, wobei offenbar kartellmäßige Preisabreden der Bauunternehmer eine Rolle spielten. Durch Heranziehung von Außenleitern gelang es bei der Submission zu Ostern, den Preis bis auf 33 M. je Kubikmeter heruntersudrücken.

Bei der überstarken lokalen Arbeitslosigkeit und des anhaltenden Bedarfs an Kleinst- und Kleinwohnungen entschloß sich dieselbe Wohnungsbau-Gesellschaft jetzt, den gleich großen zweiten Abschnitt ihres Bauprogramms durchzuführen.

Das Ergebnis dieser Ausschreibung ist geradezu aufsehenerregend. Die Aufträge konnten auf der Basis von rund 24 M. je Kubikmeter, also rund 29 Proz. unter den Frühjahrspreisen — und wenn man die ersten kartellgebundenen Angebote vom Frühjahr nimmt, sogar um 35 Proz. billiger — vergeben werden.

Dieser Fall spricht Bände dafür, in wie starkem Maße Preis- und Kostenenkungen möglich sind, wenn die Unternehmer wollen oder wenn die Regierung ihren Widerstand endlich brechen würde.

Die Berliner Briefettpreise.

Wird um 7 oder 12 Pfennig verbilligt?

Wir haben schon mitgeteilt, daß die Berliner Briefettpreise um 7 Pf. je Zentner herabgesetzt werden, nachdem die Syndikate eine sechsprozentige Preisentkung vornehmen. Wertwüchsig ist nun, daß die „Berliner Börsen-Zeitung“ in einem von der Arbeitsgemeinschaft des Berliner Briefetthandels eingeleiteten Artikel behauptet, daß für die beiden letzten Jahresmonate eigentlich eine Verbilligung um 12, und nicht nur um 7 Pf. je Zentner eintreten werde.

Wir haben leider schon öfter darauf hinweisen müssen, daß es die Arbeiterschaft, und zwar keineswegs zum Vorteil der sehr zahlreichen Kleinrentner, die allein mit den breiten Käufermassen in Verbindung kommen, mit der Wahrheit nicht sehr genau nimmt. Wir müssen es auch jetzt. Die Preisstapel, auf die sich die Arbeitsgemeinschaft beruft und nach der sich eine Preisentkung um 12 statt um 7 Pf. ergäbe, ist nämlich eine höchst private Angelegenheit der Arbeitsgemeinschaft und hinsichtlich der Winterpreise 1930/31 von den staatlichen Stellen gar nicht genehmigt. Die Arbeitsgemeinschaft hätte nur die — wenig löbliche — Absicht, für den ganzen Winter mit 1,90 Mark je Zentner um 7 Pf. höhere Preise als im Vorjahre zu nehmen. Das aber war ihre private Absicht, der von den preussischen Aufsichtsstellen die Genehmigung verweigert worden ist!

Es handelt sich also — gelinde gesagt — um eine Ueberschreibung, wenn davon gesprochen wird, daß die Verbilligung nicht 7, sondern 12 Pf. betrage. Wir geben diese Aufklärung keineswegs, um die Kohlenhändler zu ärgern, denen es zum größten Teil alles weniger als gut geht. Aber wir halten die Aufklärung für nötig, um die Arbeitsgemeinschaft dazu zu erziehen, endlich einmal bei ihrer Politik die Wahrheit auch voll zu achten.

RGB. trotz der Krise.

30 000 kommen an 7 Sonntagen in Lichtenberg zu Besuch.

Im Oktober brühten zwei Tatsachen auf den Umsatz der Berliner Konsumgenossenschaft: die weiter anschwellende Arbeitslosigkeit der Arbeiter- und Angestelltenklassen, die das Gros der Mitgliedschaft stellen, und der vierzehntägige Metallarbeiterstreik, der für viele Tausende von Konsumgenossenschaftlich organisierten Familien einen vollkommenen zweimöchigen Einkommensausfall mit sich brachte. Trotzdem konnte die RGB ihren Oktoberumsatz auch wertmäßig gegenüber dem Oktober des Vorjahres noch halten und mengenmäßig (Preisentkungen!) noch steigern.

Der Gesamtumsatz erhöhte sich gegen September von

Die preussischen Erdölpläne.

Der Deilmagnat Harry Sinclair und Deutschland — Der Sinclair-Konzern.

Wie wir bereits gestern mitteilten, hat sich der preussische Staat über die Preussische Bergwerks- und Hütten-A.G. (Preußag) in die hannoversche Ölproduktion eingeschaltet. Zu dem Vorgehen der Preußag gab gestern der Oberbergshauptmann Fleming der Presse noch nähere Einzelheiten bekannt.

Danach stellt das Gelände von 1400 Morgen, das der preussische Staat erworben hat, ein Millionenobjekt dar. Man rechnet zunächst mit einem Kapitalaufwand bei den Ölbohrungen von 7 bis 8 Millionen, der von der Preussischen Staatsbank über die gleichfalls staatliche Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-A.G. finanziert wird. Wie wir bereits gestern berichteten, sind schon vier fünfändige Bohrungen bis zu 1000 Meter Tiefe durchgeführt worden, zwei weitere Bohrungen haben in überraschend kurzer Zeit eine Tiefe von 400 bis 500 Metern erreicht. Der preussische Staat, der bereits im Kohlenbergbau und der Rastindustrie eine bedeutende Stellung hat, schaltet sich damit also auch in die Ölförderung und Ölindustrie ein.

Das Vorgehen des preussischen Staates ist deshalb beschleunigt in die Wege geleitet worden, daß in letzter Zeit die von dem Sinclair-Konzern beherrschte amerikanische Gesellschaft North European Oil-Corporation nach erfolgversprechenden Untersuchungen in Oldenburg, Rastenburg, Braunschweig und Hannover Rechte zur Delaudeutung erworben hat. Allein in Oldenburg haben die Amerikaner Ausbeutungsverträge auf einem Gebiete von 500 000 Hektar abgeschlossen. Da Deutschland bisher nur 6 Proz. seines Bedarfs aus eigenen Ölvorkommen deckte und im letzten Jahr 1,7 Millionen Tonnen einführen mußte, sind diese Ölfunde und der Ausbau einer eigenen Ölindustrie von weittragender volkswirtschaftlicher Bedeutung. Dies um so mehr, als die Herstellung des sogenannten synthetischen Benzins (aus verflüssigter Kohle), auf die man früher große Hoffnungen gesetzt hatte, zur Zeit wenig Aussichten auf Anwendung im großen hat.

Ueber die Rentabilitätsaussichten der Ölförderung und der zur Verarbeitung des gewonnenen Rohöls noch zu errichtenden Refinerien gehen die Meinungen noch auseinander. Aber auch wenn man hinter die Rentabilität dieser Ölfelder noch ein Fragezeichen setzen müßte, ist die Aktivität des preussischen Staates zu begrüßen.

Wer ist Harry Sinclair?

Der amerikanische Erdölmagnat Harry J. Sinclair hat vor einigen Wochen Deutschland besucht und sich dabei für zweierlei interessiert, erstens für die Möglichkeiten einer deutschen Erdölindustrie im Gebiet von Hannover und zweitens für die Aussichten des Kraftstoffablaßes auf dem deutschen Markt. Sein offenbar härtestes Interesse für das hannoversche Ölgebiet war mit ein Grund für das preussische Eingreifen.

Was die erste Möglichkeit betrifft, war noch nicht klar erkennbar, auf welchem Wege Sinclair Interesse nehmen wollte: ob direkt oder auf dem Wege über die vor einem Jahr gegründete North European Oil Corp., in deren Verwaltungsrat einige dem Sinclair-Konzern nahestehende Amerikaner sitzen. Wichtiger fast noch schien Sinclair damals eine Beteiligung auf dem deutschen Treibstoffmarkt zu sein. Das verstärkte Interesse Sinclairs für den deutschen Absatzmarkt kündigte sich bereits in der vor einem Jahr erfolgten Gründung der Deutsche Sinclair Petroleum G. m. b. H. in Köln an (Aktienkapital 0,5 Millionen Mark); eine Reihe eigener Tankstellen (Sinco-Pumpen) und Depots wurden in den letzten Monaten geschaffen, insbesondere in West- und Süddeutschland.

In den letzten Tagen erfährt der Sinclair-Konzern eine gewaltige Kapitalverstärkung. Die Dachgesellschaft des Konzerns, die Sinclair Consolidated Oil Corp., verdoppelte ihr Aktienkapital. Der Gesellschaft werden etwa 500 Millionen Dollar neue Kapitalmittel zuzuführen, d. h. etwa 2 Milliarden Mark. Außerdem erzielte die Gesellschaft erst vor kurzem durch den Verkauf zweier Beteiligungen weitere 72,5 Millionen Dollar, d. h. rund 300 Millionen Mark. Es handelt sich um den Verkauf an der Sinclair Pipe Line Co. und der Sinclair Purchasing Co., an der sie bis dahin zu 50 Proz. beteiligt war, an die Standard Oil Co. of Indiana (Rockefeller-Gruppe).

Was will der Sinclair-Konzern mit diesen neuen 2,3 Milliarden Mark? Für den Ausbau des deutschen Geschäfts und die etwaigen Bohrungen in Norddeutschland würde hiervon nur ein kleiner Bruchteil aufgebraucht worden sein. Eine Erweiterung, die aber nur knapp 19 Millionen Dollar (80 Millionen Mark) kostete, war die Uebernahme der Pierre Petroleum Corp. Seit einigen Wochen steht Sinclair in Fusionsoverhandlungen mit drei anderen großen Gesellschaften: der Prairie Oil Co., der Prairie Pipe Line Co. und der Tide Water Associated Oil Co.

Diese Verhandlungen, die Aktivität der letzten Monate und die starke Kapitalvergrößerung deuten an, daß Sinclair sich in den Vereinigten Staaten neben den Standard Oil-Gesellschaften zur zweitgrößten Ölmacht entwickeln wird.

Harry J. Sinclair selbst ist der gleiche Unternehmer, der sich vor einigen Jahren durch besondere Zuwendungen die Strecken Marinsfelder von Teapot Dome zu sichern mußte und gegen den jahrelang ein Bestechungsprozeß geführt wurde, der schließlich auch — allerdings nur wegen verweigelter Aussage — pervertiert wurde. Die Deffektivität hielt Sinclair noch vor wenigen Monaten für so geschwächt, daß die jetzt so lebhaft expandierende des Konzerns für viele eine Ueberraschung bedeutet. Es scheinen aber noch größere Ueberraschungen für die internationale Welt bevorzustehen.

Rot lehrt auch Eisenverarbeiter beten.

Sie fordern neue Entung der Eisenpreise.

Auf der Tagung der Gesamtvereinigung der Weiß- und Schwarzblech verarbeitenden Industrien hat endlich auch Direktor Lange, der Geschäftsführer des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten und der Arbeitsgemeinschaft der Eisen verarbeitenden Industrie, den Mut gefunden, eine neue Entung der Eisenpreise zu verlangen. Im Ausland hätten, so führte er aus, die Eisenpreise ihren Vorkriegsstand teils erreicht, teils unterschritten. Nur in Deutschland habe sich seit 1924 der Abstand der Eisenpreise vom Vorkriegsstand vergrößert. Die innerdeutschen Eisenpreise liegen zurzeit etwa 70 Proz. über den Weltmarktpreisen. Wenn auch die Eisen verarbeitende Industrie für den Export im wesentlichen Weltmarktpreise auf Grund des Abkommens erhalte, so belaste doch eine derartige Ueberhöhung des innerdeutschen Preises für einen der wichtigsten Rohstoffe die Eisenverarbeiter in einem auf die Dauer nicht tragbaren Maß. Von der Eisen schaffenden Industrie sei zu erwarten, daß sie aus der gegenwärtigen Lage ebenfalls die erforderlichen preispolitischen Konsequenzen ziehen werde.

Freilich war auch hier Herrn Direktor Langes Mut gegenüber den Eisenherren mit Vorsicht gepaart. Seine Forderung nach niedrigeren Eisenpreisen hat er nicht ohne Erinnerung an das Regierungsprogramm vorgebracht, von dessen Durchführung — und zwar offenbar als Voraussetzung für die weitere Eisenpreisentung — die Entung der Löhne, Frachten und Steuern erwartet wird. Es fällt den Eisenverarbeitern verflucht schwer, im eigenen Interesse gegen den Ruhrstachel zu töden. Das muß man auch heute wieder feststellen.

Grünbuch der Aktiengesellschaften.

Der Verlag R. und H. Hoppenstedt hat kürzlich das Grünbuch der Aktiengesellschaften Jahrgang 1930 herausgegeben. Das Werk enthält in erweitertem Umfang die wichtigsten Daten und Angaben über den Aufbau, die Entwicklung, die Finanzen und die Personalien der Aktiengesellschaften. Besonders sorgfältig sind wieder die Angaben über die großen Konzerne und die bei diesen Unternehmen vielfach noch im Fluß befindliche Entwicklung ergänzt worden. Die fast durchweg bis ins kleinste gehende Darstellung über Umsatzentwicklung, Belegschaftsveränderung und finanzielle Transaktionen macht die neue Ausgabe zu einem nicht zu entbehrenden Nachschlagewerk. Besonders den im gewerkschaftlichen Kampf stehenden Redakteuren und Funktionären wird das Werk gute Dienste leisten.

Proteste gegen höhere Tabaksteuern. Der Verband der deutschen Zigarettenindustrie protestiert in einer Entschiedenheit gegen die Absicht der Reichsregierung, die Tabaksteuerung von neuem zu verschärfen. Ebenso haben die Betriebärzte von fünf Bremischen Fabriken, die mehrere tausend Arbeiter beschäftigen, gegen die beabsichtigte Tabaksteuererhöhung Protest erhoben.

Herrn Duisbergs Kampfansage.

Seine Vorschläge zur Krisenbekämpfung.

Aus der chemischen Industrie wird uns folgende Zuschrift gelangt:

Die letzte Rundfunkrede von Geheimrat Duisberg, Vizepräsident des V. C. Farbentrusts, über den „Weg aus der Krise“ ist im Prinzip ein Ultimatum an die Arbeitnehmerschaft: Entweder Lohnsenkung oder weitere Entlassungen. In einem pathetischen Aufruf an die „Opferbereitschaft eines jeden einzelnen am Wirtschaftsprüfung Teilnehmenden“ erscheint ihm notwendig, daß „ein freiwilliger Lohn- und Gehaltsabbau die notwendige Selbstkostenlage schafft, die es den Betrieben ermöglicht, die Produktion auszudehnen und so neue Arbeitskräfte wieder organisch einzugliedern“. Gleichzeitig stellt er fest, daß die Kürzung der Arbeitszeit nicht generell durchführbar ist. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände (Sitzung vom 3. November 1930) wehrt sich in gleicher Weise gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit, forderte im Gegenteil entweder Lohnsenkung oder Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn.

Wenn Herr Duisberg mit der Arbeitgebervereinigung meint, die Produktion der Industrie durch Lohn- und Gehaltskürzung heben zu können, so sei an einem Beispiel aus seiner eigenen Industrie gezeigt, wie gering die Auswirkungen einer Lohnkürzung auf die Selbstkosten sind: Vor etwa einem halben Jahre veranlaßte Duisberg mit den anderen prominenten Führern der chemischen Industrie für den Reichswirtschaftsrat ein Gutachten über die Lage der chemischen Industrie, in dem er den Anteil der Löhne und Gehälter mit durchschnittlich 20 bis 25 Proz.

der Produktionskosten angibt. Unter der theoretischen Annahme einer Lohnkürzung um 10 Proz. ergibt sich eine Verringerung der Produktionskosten um ganze zwei Prozent.

Es ist Herr Duisberg nicht darüber klar, daß dieser geringfügigen Senkung der Produktionskosten eine viel tiefer eingreifende Verminderung der Kaufkraft gegenübersteht? Daß der innere Markt, dessen Ausbau er in kurzen Worten gestreift hat, dadurch schwerstens geschädigt wird?

Der Ausweg aus der wirtschaftlichen Notlage ist nur in einem gerechten Arbeitsausgleich und in der Einordnung aller gegen ihren Willen unproduktiven Kräfte in den Produktionsprozeß. Dazu muß ein Ausbau des inneren Marktes durch die Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung gehen, die auch bei der chemischen Industrie rückwärtsläufige Preisentkung fordert. Das ist der nach allen historischen Krisenerfahrungen gebotene Weg. In den Vereinigten Staaten blieben die Reallohne auch in den schlimmsten Krisenjahren konstant, während der Großhandelsindex 1894, 1907 und vor allem 1920/21 um 30 bis 40 Proz. fiel. (Vgl. Paul H. Douglas: „Real Wages in the United States“.) Heute noch vertreten in USA. die Wirtschaftsführer die Auffassung, daß die Krise 1920/21 nur deshalb schnell überwunden wurde, weil der Gewinn an Kaufkraft die gesteigerte Produktion aufnehmen konnte. Auch die Maßnahmen Henry Fords vor dem Metallarbeiterverband sind als Auswirkung dieser Erkenntnis von 1920/21 zu betrachten. Daran kommt auch Herr Duisberg nicht vorbei.

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt

